

Deutsch-französische Regierungsbesprechung in Paris

I A 1-80.11/205/65 VS-vertraulich

19. Januar 1965¹

Betr.: Deutsch-französische Konsultationen im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963²;
 hier: Niederschrift über Besprechungen zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen Dr. G. Schröder und dem französischen Außenminister Couve de Murville am 19. Januar 1965, 15.30 bis 17.00 Uhr, am Quai d'Orsay

Teilnehmer:

Außenminister Couve de Murville; M. Lucet, Leiter der Politischen Abteilung des französischen Außenministeriums; M. Wormser, Leiter der Finanz- und Wirtschaftsabteilung; M. Puaux, Leiter der Europa-Abteilung; M. Toffin, Deutschland-Referent; 2 weitere französische Teilnehmer

Bundesminister des Auswärtigen Dr. G. Schröder; Staatssekretär Professor Dr. Carstens; Ministerialdirektor Professor Dr. Meyer-Lindenberg; Ministerialdirigent Dr. Simon; Gesandter Knoke; Legationsrat I. Klasse Dr. Pfeffer; Legationsrat I. Klasse Dr. Schmidt-Schlegel, Protokollführer; Dolmetscherin Fräulein Bouverat

Eingangs begrüßte der *französische Außenminister* den Herrn Bundesminister des Auswärtigen und seine Begleitung und erklärte, daß er gern die von uns ihm vorgeschlagenen Themen erörtern werde, und stellte anschließend die Frage, ob deutscherseits noch andere Themen benannt würden.

Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen dankte dem französischen Außenminister für seinen Willkommensgruß und wies darauf hin, daß die Hauptunterhaltung in Rambouillet stattfinde³ und daß es deshalb schwierig sei, gleichzeitig Parallelbesprechungen zu führen. Indessen glaube er, daß es nützlich sei, die von ihm benannten Themen zu erörtern. Er seinerseits möchte die Frage stellen, ob von französischer Seite Interesse an der Behandlung irgendwelcher Themen bestehe. Von deutscher Seite seien folgende Themen vorgeschlagen worden:

- 1) Besuch des ungarischen Außenministers Janos Peter in Paris.
- 2) Weitere Schritte auf dem Wege zur europäischen Union.
- 3) Künftige Entwicklung der EWG.
- 4) Einige Aspekte der Deutschland-Frage.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Schmidt-Schlegel gefertigt und von Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg am 21. Januar 1965 Staatssekretär Carstens und Bundesminister Schröder zugeleitet.

Hat Carstens und Schröder am 21. Januar 1965 vorgelegen.

² Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706-710.

³ Für die zeitgleich stattfindende Unterredung zwischen Bundeskanzler Erhard und Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 22.

Begrüßen würde er es, wenn zu diesen Themen noch der in Aussicht genommene Besuch Titos in Ostberlin⁴ erörtert werden könnte.

Der *französische Außenminister* erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden und sagte, französischerseits sei nicht beabsichtigt, weitere Themen zur Erörterung zu stellen.

1) Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen schlug seinerseits vor, daß zuerst die Besuche besprochen werden, und wies darauf hin, daß Besuche aus den Ostblockländern in Frankreich für die Bundesrepublik Deutschland von großem Interesse seien.

Dann erläuterte er das schwierige Verhältnis mit Jugoslawien. In den letzten Wirtschaftsabmachungen mit diesem Staat⁵ sei der Wiedergutmachungskomplex wegen der jugoslawischen Anerkennung Ostberlins⁶ ausgespart worden. Auf Grund der Wohlverhaltensklausel⁷ seien die Jugoslawen verpflichtet, Schritte, die empfindliche Punkte der Deutschland-Politik der Bundesrepublik Deutschland berührten, zu vermeiden. Der geplante Besuch Titos in Ostberlin enthalte ein starkes Stück politischer Demonstration. Deshalb möchte er heute an den französischen Außenminister die Frage richten, ob die Franzosen bereit seien, ihren Einfluß auf Tito geltend zu machen und ihn darauf hinzuweisen, daß dieser in Aussicht genommene Besuch eine Erschwerung für die Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland bedeuten werde und es deshalb zu begrüßen sei, wenn die Jugoslawen sich entschließen würden, von diesem Besuch abzusehen.⁸

Der *französische Außenminister* erklärte sich zu einer solchen Demarche bereit, und zwar aus zwei Gründen: einmal vertrete Frankreich die Interessen der Bundesrepublik Deutschland in Jugoslawien.⁹ Deshalb könne es darauf hinweisen, daß das in der Wohlverhaltensklausel niedergelegte Prinzip gefährdet sei. Andererseits erscheine der geplante Besuch als politische Demonstration nicht opportun. Er störe nämlich die französische Entspannungspoli-

⁴ Der jugoslawische Präsident gab im Dezember 1964 seine Einladung durch den Staatsratsvorsitzenden Ulbricht zu einem offiziellen Besuch in Ost-Berlin bekannt. Tito hielt sich vom 8. bis 13. Juni 1965 in der DDR auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 126.

⁵ Für den Wortlaut der 5. Zusatzvereinbarung vom 16. Juli 1964 zum Abkommen vom 11. Juni 1952 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 17 vom 27. Januar 1965, S. 1-3. Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 1089.

⁶ Die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien am 10. Oktober 1957 führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien am 19. Oktober 1957. Nach der Vereinbarung mit Jugoslawien vom 7. September 1963 über eine Entschädigung für Opfer von Menschenversuchen in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus lehnte die Bundesregierung weitere Wiedergutmachungsleistungen ab aufgrund der jugoslawischen Weigerung, die Bundesrepublik als alleinige Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches anzuerkennen. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 243.

⁷ Zur „Wohlverhaltensklausel“ vgl. Dok. 175, besonders Anm. 10.

⁸ Dazu führte die Legationsrätin I. Klasse Rheker am 16. Januar 1965 aus, daß ein Versuch, über Frankreich Einfluß auf Präsident Tito zu nehmen, um ihn von einem Besuch in der DDR abzuhalten, kaum erfolgversprechend sein würde. Darüber hinaus bestehe auch keine Möglichkeit, „Tito die Reiseabsicht ‚abzukaufen‘“. Die Bundesregierung könne nach den Vereinbarungen vom 16. Juli 1964 keine weiteren Angebote vorlegen, da dies die jugoslawische Seite nur zu „neuen Erpressungsversuchen auffordern“ würde. Vgl. VS-Bd. 3128 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

⁹ Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien am 10. Oktober 1957 übernahm Frankreich die Aufgabe der Schutzmacht für die Interessen der Bundesrepublik gegenüber Jugoslawien.

tik in Osteuropa. Deshalb wolle er gern den Jugoslawen erklären, daß der Besuch ihnen keinen Vorteil einbringe, weil ein solcher Besuch nicht geeignet sei, die Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa zu verbessern. Er sei bereit, auf dieser Basis mit den Jugoslawen zu sprechen.

Der *Bundesminister* des Auswärtigen begrüßte diese französische Bereitschaft sehr, Einfluß auf die Jugoslawen in dem von dem französischen Außenminister angegebenen Sinne auszuüben.

Der *französische Außenminister* schlug dann vor, über die Ergebnisse des Besuches des ungarischen Außenministers Janos Peter zu berichten.¹⁰ Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen wies darauf hin, daß der Besuch ein erhebliches Echo in Deutschland ausgelöst habe.¹¹ Nicht zuletzt wegen seiner früheren Tätigkeit als calvinistischer Bischof habe man ein besonderes Interesse in der Bundesrepublik Deutschland an seinem Besuch in Paris bekundet. *Couve de Murville* erwiderte darauf, daß Peter eine recht eigenartige Persönlichkeit (un personnage assez curieux) sei, er sei auch heute noch Kleriker, erst kürzlich sei er zum Bischof ernannt worden. Es gehe das Gerücht, – für das er, *Couve de Murville*, sich aber nicht verbürgen könne – daß Peter nicht Mitglied der kommunistischen Partei sei. Er beherrsche aufgrund seines in Paris an der theologischen Fakultät absolvierten Studiums die französische Sprache fließend, daher röhre auch seine Bekanntschaft mit Pfarrer Bögner, den er während seines Aufenthaltes in Paris besucht habe. Peter sei ein sehr intelligenter Mann. In seinen Gesprächen habe er besonderes Interesse für zwei Fragenkomplexe bekundet, nämlich für die EWG und Deutschland¹², während er zur Abrüstung eine originelle und von den Stellungnahmen anderer Ostblockpaktstaaten abweichende eigene Meinung vertreten habe.¹³

Zur Entwicklung der EWG habe Peter Bedenken wegen der Diskriminierung der osteuropäischen Staaten geäußert. Es sei zu befürchten, daß wegen dieser unterschiedlichen Behandlung zwischen Ländern der EWG und den osteuropäischen Ländern sich die Handelsbeziehungen zwischen Ost und West ungünstig entwickeln würden. Die französische Politik sei nach seiner Meinung widersprüchlich, einerseits befürworte sie die Annäherung zwischen ost- und

¹⁰ Zum Aufenthalt des ungarischen Außenministers vom 11. bis 13. Januar 1965 in Frankreich vgl. auch Dok. 22, Anm. 29.

Botschafter Klaiber, Paris, betonte am 16. Januar 1965, daß Peter „mit bemerkenswerter Sympathie“ begrüßt worden sei. Im französischen Außenministerium sei vor allem die „atmosphärische Bedeutung des Besuches, insbesondere für das ungarische Volk, für die Regierung Kadar, die damit ihre Position festige, und auch für Paris als westliches Mekka der Satellitenstaaten“ hervorgehoben worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 86; Referat II A 5, Bd. 288.

¹¹ Vgl. dazu den Artikel „Kulturabkommen zwischen Frankreich und Rumänien“ sowie den Kommentar von Hans Achim Weseloh, „Frankreichs Ostpolitik und Deutschland“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 9 vom 12. Januar 1965, S. 3 bzw. Nr. 11 vom 14. Januar 1965, S. 2.

¹² Hinsichtlich der Deutschland-Frage brachte der ungarische Außenminister die „klassischen Einwände der Kommunisten“ vor. Er forderte die französische Regierung auf, „mit demselben Realismus“, mit dem sie diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen habe, die DDR anzuerkennen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 86 des Botschafters Klaiber, Paris, vom 16. Januar 1965; Referat II A 5, Bd. 288.

¹³ So bemerkte Außenminister Peter, es gebe Gemeinsamkeiten in der ungarischen und der französischen Haltung zur MLF. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 86 des Botschafters Klaiber, Paris, vom 16. Januar 1965; Referat II A 5, Bd. 288.

westeuropäischen Staaten, andererseits fördere sie die diskriminierende Behandlung der osteuropäischen Länder. Er, der französische Außenminister, habe darauf hingewiesen, daß alle möglichen Länder über diese angebliche Diskriminierung Beschwerde führten, u. a. Länder Latein-Amerikas, Afrikas und Asiens, daß aber bisher von einer solchen Diskriminierung nicht die Rede sein könne, denn die Statistiken bewiesen eindeutig, daß zwischen der EWG und den osteuropäischen Staaten der Handel seit der Gründung der EWG wesentlich zugenommen habe. Indessen sei Peter bei seiner Meinung geblieben, daß für sie in Zukunft die Gefahr der Diskriminierung bestehen bleibe.

Befürchtungen habe Peter sodann hinsichtlich der Assoziation Österreichs mit dem Gemeinsamen Markt¹⁴ geäußert und den Standpunkt vertreten, daß eine Assoziation das Neutralitätsstatut¹⁵ dieses Landes gefährde. Während eines Besuches des österreichischen Außenministers Kreisky in Budapest¹⁶ habe er mit ihm die Beziehungen zwischen beiden Ländern ausführlich besprochen. Den Besuch von Kreisky in Budapest werde Peter demnächst erwiedern.¹⁷

Recht ausführlich habe sich Peter über Deutschland geäußert und die französische Regierung darum gebeten, nach der Anerkennung von Peking¹⁸ nunmehr auch Pankow anzuerkennen. Er, Couve de Murville, habe darauf erwidert, daß die französische Regierung nicht die Absicht habe, die „DDR“ anzuerkennen. Beide Fälle seien keineswegs vergleichbar. China umfasse beinahe die Gesamtheit der chinesischen Bevölkerung, wenn man von der Bevölkerung Formosas absehe, während die Bundesrepublik Deutschland den größten Teil des deutschen Volkes repräsentiere. Schließlich trage das politische Regime in der „DDR“ keinen repräsentativen Charakter, was indessen für die Bundesrepublik Deutschland zutreffe.

Was die bilateralen Beziehungen zwischen Frankreich und Ungarn betreffe, seien langfristige Handels- und Konsularabkommen in Aussicht genommen. Ein Kulturabkommen¹⁹ sei während des Besuches von Peter in Paris unter-

¹⁴ Die EWG führte seit 1963 Sondierungsgespräche mit Österreich über die Voraussetzungen für eine Assoziation. Am 5. Juni 1964 legte die EWG-Kommission einen Zwischenbericht vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 7/1964, S. 21. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 273.

¹⁵ Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

¹⁶ Der österreichische Außenminister hielt sich vom 29. Oktober bis 1. November 1964 in Ungarn auf. Kreisky und sein ungarischer Amtskollege Peter unterzeichneten u. a. Abkommen über die Markierung der gemeinsamen Grenze und über die Untersuchung von Grenzüberschreitungen. Sie beschlossen, die gegenseitigen diplomatischen Vertretungen in den Rang von Botschaften zu erheben. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 248.

¹⁷ Der ungarische Außenminister hielt sich vom 7. bis 9. April 1965 in Wien auf. Gesprächsthemen waren das „Problem der verminten Grenze“ zwischen Österreich und Ungarn sowie Möglichkeiten einer Erweiterung des „kleinen Grenzverkehrs“. Die Deutschland-Frage sei „eigentlich kaum“ besprochen worden, jedoch habe Peter großes Interesse an einer Ausweitung des Handels mit der Bundesrepublik bekundet. Vgl. den Schriftbericht des Botschafters Löns, Wien, vom 15. April 1965; Referat II A 5, Bd. 288.

¹⁸ Die völkerrechtliche Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich erfolgte am 27. Januar 1964. Vgl. dazu auch AAPD 1964, I, Dok. 11.

¹⁹ Zum Abkommen vom 11. Januar 1965 vgl. dazu Dok. 22, Anm. 29.

zeichnet worden. Recht merkwürdig sei die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern in den letzten Jahren. Frankreich habe nämlich erhebliche Mengen Getreide an Ungarn, das bisher als Kornkammer gegolten habe, verkauft. Infolge dieser umfangreichen Getreidelieferungen sei die Handelsbilanz Ungarns im Verhältnis zu Frankreich passiv.

Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen dankte für diese Informationen und wies darauf hin, daß hier wohl zum ersten Male der Versuch einer Propaganda für Pankow von einem osteuropäischen Land in Paris gemacht worden sei. Der *französische Außenminister* erwiderte hierauf, daß es sich nicht um den ersten Versuch handele, denn in ähnlicher Weise hätten sich auch Vertreter anderer osteuropäischer Länder in Paris geäußert. Er denke in diesem Zusammenhang an den tschechischen Besuch.²⁰ Die Polen hätten noch keinen offiziellen Besuch in Paris abgestattet. Die ČSR würde auf jeden Fall sehr froh sein, wenn ähnliche wie die von dem ungarischen Außenminister angeregte Initiativen von der französischen Regierung ergriffen werden würden. Wenn die Vertreter Rumäniens²¹ und Bulgariens²² nicht ein solch großes Interesse an dem Deutschland-Problem während ihrer Besuche in Paris gezeigt hätten, hinge das wohl damit zusammen, daß sie von Deutschland geographisch weiter entfernt seien und sich deshalb weniger für das Deutschland-Problem interessierten.

Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen stellte sodann die Frage, ob die deutschen Bemühungen um eine Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Ungarn²³ von Peter erwähnt worden seien. Außenminister *Couve de Murville* erwiderte hierauf, daß Peter in der Tat seine Genugtuung über die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn und über die Errichtung einer deutschen Handelsmission in Budapest zum Ausdruck gebracht habe. Ähnliche Genugtuung hätten auch die rumänischen und bulgarischen Besucher über die Entwicklung der Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland²⁴ während ihrer Besuche in Paris geäußert.

Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen äußerte sich sodann auf Bitte des französischen Außenministers zu dem Stand der Verhandlungen über die Er-

²⁰ Der tschechoslowakische Außenminister David hielt sich vom 25. bis 28. November 1964 in Paris auf. Vgl. dazu *EUROPA-ARCHIV* 1964, Z 253.

²¹ Vom 16. November bis zum 15. Dezember 1964 hielt sich der rumänische Stellvertretende Ministerpräsident Birladeanu zu Verhandlungen über ein rumänisch-französisches Wirtschaftsabkommen in Paris auf. Vgl. dazu *EUROPA-ARCHIV* 1965, Z 5.

²² Am 28. November 1964 besuchte der bulgarische Außenminister Baschew Paris. Botschafter Klaiber, Paris, teilte am 1. Dezember 1964 mit, daß Baschew ausschließlich bilaterale Probleme angesprochen habe. In diesem Zusammenhang habe er „einige bulgarische Wünsche auf wirtschaftlichem Gebiet vorgebracht, die sich im üblichen Rahmen gehalten hätten“. Vgl. Referat I A 3, Bd. 407.

²³ Auf der Basis des Handelsabkommens vom 10. November 1963 mit Ungarn eröffnete die Bundesrepublik am 15. Juli 1964 eine Handelsvertretung in Budapest. Zu den handelspolitischen Beziehungen zu Ungarn vgl. Dok. 99.

²⁴ Auf der Basis der Abkommen vom 17. Oktober 1963 mit Rumänien und vom 6. März 1964 mit Bulgarien eröffnete die Bundesrepublik am 13. Juli bzw. am 19. Oktober 1964 Handelsvertretungen in Bukarest und Sofia. Zu den handelspolitischen Beziehungen zu Rumänien und Bulgarien vgl. AAPD 1964, II, Dok. 219 bzw. AAPD 1964, I, Dok. 62.

richtung von Handelsmissionen mit der ČSR. Die Verhandlungen seien zur Zeit unterbrochen und würden voraussichtlich im Februar wieder aufgenommen werden.²⁵ Die Verhandlungen seien etwas ungünstig verlaufen, leider sei der optimale Zeitpunkt zum Abschluß dieser Verhandlungen schon vorüber. Es sei ungünstig, daß gleichzeitig mit den Verhandlungen mit Ungarn Parallelverhandlungen mit der Sowjetunion²⁶ stattfänden. Für die Verhandlungen mit den Sowjets wäre es viel günstiger, wenn die Verhandlungen mit der ČSR schon abgeschlossen seien. Bei den Verhandlungen spiele die Berlin-Klausel eine entscheidene Rolle. Eine weitere Belastung für die Verhandlungen mit der ČSR sei die von den Tschechen gestellte Frage nach dem Fortbestand des Münchener Abkommens.²⁷ Es sei schwer abzuschätzen, ob die Verhandlungen mit den Tschechen wegen der Berlin-Klausel scheitern würden. Offenbar sei das Regime in Pankow bemüht, stark auf die ČSR wegen der Verteidigung seines Standpunktes in der Frage der Berlin-Klausel einzuwirken. Nachdem andere osteuropäische Länder die Berlin-Klausel akzeptiert hätten²⁸, sei noch nicht zu übersehen, ob das neue sowjetische Regime²⁹ nicht einen härteren Standpunkt hinsichtlich der Berlin-Klausel einnehme. Es besteht Grund anzunehmen, daß das neue Regime in seiner Haltung härter sei. Hierzu stellte der *französische Außenminister* die Frage, ob die Verhandlungen mit der ČSR nicht vor dem Sturz Chruschtschows begonnen worden seien. Diese Frage bejahte der *deutsche Außenminister*.³⁰

Couve de Murville fragte sodann, ob die Absicht bestehe, mit Jugoslawien einen Handelsvertrag abzuschließen und eine Handelsmission zu errichten. Der *deutsche Außenminister* erwiderte hierauf, daß solche Schritte nicht geplant seien, und wies darauf hin, daß konsularische Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland weiter beständen und daß Handelsbeziehungen wohl den niedrigsten Grad der Beziehungen darstellten.

2) Der Herr Bundesminister des Auswärtigen regte sodann an, daß nunmehr die weiteren Schritte auf dem Wege zur europäischen Union erörtert werden würden. Während seines Besuches in Paris Anfang Dezember habe man darüber schon Gedanken ausgetauscht, und zwar seien die beiden Minister damals der Ansicht gewesen, daß zwei Arten von Schritten unternommen werden könnten, wovon die einen der öffentlichen Sichtbarkeit dienten und die anderen unsichtbare Schritte zur Förderung der politischen Union seien.³¹

²⁵ Zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. Dok. 19.

²⁶ Vgl. dazu Dok. 18.

²⁷ Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675. Zur Frage der Gültigkeit vgl. auch Dok. 28.

²⁸ Vgl. dazu Dok. 19, Anm. 2.

²⁹ Nikita Chruschtschow wurde auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU vom 14. Oktober 1964 von seinem Amt als Erster Sekretär des ZK der KPdSU entthoben. Am 15. Oktober 1964 folgte seine Absetzung als sowjetischer Ministerpräsident. Seine Nachfolger wurden der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, Breschnew, bzw. der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Kossygin. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 225.

³⁰ Zur Aufnahme der Verhandlungen im April 1964 vgl. AAPD 1964, I, Dok. 100.

³¹ Für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister *Couve de Murville* vom 9. November 1964 vgl. AAPD 1964, II, Dok. 377.

Unsichtbar auf diplomatischer Ebene weiterzuarbeiten, sei wohl die beste Art weiterzukommen, während das Verfahren der öffentlichen Sichtbarkeit, nämlich die Durchführung einer Regierungschef-Konferenz, dem Plane den endgültigen Stempel geben könne.

Ein Signal könne durch Einberufung einer Konferenz der Außenminister gegeben werden. Eine Ministerpräsidentenkonferenz könne kein Signal geben. Von ihr erwarte man Ergebnisse, während das bei einer Außenministerkonferenz weniger der Fall sei, da sie der Vorbereitung dieses Ergebnisses diene. Nach den bisherigen Sondierungen neigten die anderen Vier einer Außenministerkonferenz zu. Diese Frage werde wohl sicherlich in Rambouillet behandelt werden. Welches seien die Ansichten des französischen Außenministers hierzu?

Couve de Murville erklärte, auch er sei sicher, daß diese Frage in Rambouillet behandelt werde und daß man deshalb wohl die dortigen Ergebnisse abwarten müsse.

Der Zeitpunkt und die Gelegenheit für eine solche Initiative erschienen recht günstig, doch müsse man mit Vorsicht verfahren. Er möchte an dieser Stelle an die Schwierigkeiten erinnern, denen man vor zwei bis drei Jahren begegnet sei.³² Nicht opportun erscheine ihm eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs. Eine Konferenz der Außenminister sei nicht ausgeschlossen, sie müsse auf diplomatischem Wege wirksam vorbereitet werden. Indessen müsse man vorsichtig taktieren und nicht den Eindruck erwecken, als ob Deutschland und Frankreich eine Lösung unter sich ausgemacht hätten. Damit würde man die Empfindsamkeiten der anderen Vier erwecken. Mit den Italienern habe er, *Couve de Murville*, schon vor einigen Wochen sprechen wollen, dann sei die Wahl des Staatspräsidenten dazwischen gekommen, jetzt müsse man die Ernennung des Außenministers abwarten.³³ So bald wie möglich werde er nach Rom fahren, um mit den Italienern das am besten erscheinende Vorgehen zu besprechen.³⁴ Die Belgier seien wohl bereit mitzumachen und würden keine Schwierigkeiten bereiten³⁵, indessen würden die Holländer Holländer bleiben und ihre nationale Eigentümlichkeit nicht abstreifen (Zwischenbemerkung des Herrn Bundesministers des Auswärtigen, daß dies auch für die anderen Fünf zutreffe), die Holländer wollten nach Möglichkeit nichts tun und wären wohl nur bereit, etwas zu machen, wenn es nicht anders gehe.³⁶ Im Hinblick auf diese vorauszusehenden Schwierigkeiten vertrete er, *Couve de Murville*, den Standpunkt, daß es am besten sei, das einfachste Verfahren zur Erreichung des Ziels einer politischen Union anzuwenden (*le plus simple il sera, le mieux il vaudra*).

³² Zu den Fouchet-Plänen der Jahre 1961/1962 vgl. Dok. 5, Anm. 23.

³³ Am 6. Dezember 1964 trat der italienische Staatspräsident von seinem Amt zurück. Nachfolger von Segni wurde am 28. Dezember 1964 der bisherige Außenminister Saragat. Am 5. März 1965 wurde Amintore Fanfani zum italienischen Außenminister ernannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 6, Z 17 und Z 65.

³⁴ Zum Besuch des französischen Außenministers vom 26. bis 29. März 1965 in Rom vgl. Dok. 157.

³⁵ Zum belgischen Vorschlag vom 27. Juli 1964 für eine europäische politische Union vgl. Dok. 5, Anm. 20. Zur belgischen Haltung vgl. auch Dok. 80.

³⁶ Zur niederländischen Position vgl. auch Dok. 20, Anm. 20.

Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen stimmte mit dem französischen Außenminister überein, daß nicht vorsichtig genug vorgegangen werden könne. Er erinnerte an den Leidensweg vor mehreren Jahren und daran, daß man 1962 gerade hier im Quai d'Orsay nach den langwierigen Verhandlungen ergebnislos auseinandergegangen sei.³⁷ Der deutsche Plan³⁸ sei entsprechend den Gedanken von Couve de Murville wenig ehrgeizig. Die Vorschläge seien in Deutschland selbst ziemlich kritisiert worden, weil sie so bescheidene Maßnahmen darstellten.³⁹ Er sage dies deshalb, weil die Bundesrepublik Deutschland nicht sehr unter die Grenze dessen, was jetzt vorgeschlagen sei, gehen könne. Gut wäre es, wenn die Außenministerkonferenz gründlich vorbereitet würde, damit die Gefahr vermieden werde, daß diese Außenministerkonferenz ins Deklamatorische verfalle.

Der *französische Außenminister* erklärte hierzu, daß hinsichtlich des Verfahrens die französische Regierung allen Vorschlägen aufgeschlossen (avec un esprit ouvert) gegenüberstehe. Im Hinblick auf die öffentliche Meinung sei es wichtig, mit dem nächsten Schritt zu beweisen, daß man sich einig sei.

Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen machte nochmals darauf aufmerksam, daß die Konferenz einer gründlichen Vorbereitung bedürfe und daß man sich vorher einig sein müsse, welches Ergebnis eine solche Konferenz haben solle.

3) Anschließend schlug der Herr Bundesminister des Auswärtigen vor, daß nunmehr das nächste Thema, nämlich die künftige Entwicklung der EWG, gemeinsam erörtert werden könne und daß für die Brüsseler Arbeiten für 1965 ein Zeitplan aufgestellt werde. Deutscherseits erscheine es wichtig, daß, nachdem nach dem grundsätzlichen Einverständnis auf dem Agrarsektor⁴⁰ die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für landwirtschaftliche Produkte in Aussicht stehe, es notwendig sei, auch auf den anderen Sektoren ähnliche Fortschritte zu erzielen. Das treffe auf dem Gebiet der Zoll-, Handels-, Verkehrs-, Währungs- und Steuerpolitik zu. Seien die Franzosen mit einem Auf-takt auf diesen Gebieten einverstanden, und welche zeitlichen Vorstellungen hätten sie in dieser Hinsicht entwickelt?

Der *französische Außenminister* entgegnete, daß er grundsätzlich mit seinem deutschen Kollegen hinsichtlich der aufgeworfenen Fragen einer Meinung sei. Vorrang habe die Frage des vollständigen Zollabbaus. Hierzu liege der Vorschlag der EWG-Kommission vor.⁴¹ Auf den anderen Gebieten seien bisher

³⁷ Zum Scheitern der Fouchet-Pläne am 17. April 1962 vgl. Dok. 22, Anm. 15.

³⁸ Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. Dok. 5, Anm. 18.

³⁹ Zur deutschen Kritik an der Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. den Artikel von Nikolas Benckiser: „Welches Europa?“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 264 vom 12. November 1964, S. 1.

⁴⁰ Zur Einigung vom 15. Dezember 1964 in der Getreidepreis-Frage vgl. Dok. 22, Anm. 6. Zur Zustimmung der Bundesregierung zum gemeinsamen Getreidepreis vgl. Dok. 22, Anm. 2.

⁴¹ Am 30. September 1964 verabschiedete die EWG-Kommission unter dem Titel „Initiative 1964“ eine Vorlage an den EWG-Ministerrat und an die Regierungen der Mitgliedstaaten, in der sie eine beschleunigte Verwirklichung der Zollunion bis zum 1. Januar 1967 forderte. Für Agrarprodukte war der Abbau der Zölle und der Abschöpfungen bis zum 1. Januar 1968 vorgesehen. Darüber hinaus unterbreitete die Kommission Vorschläge für die Schaffung eines gemeinschaftlichen Zollrechts beim Handel mit Drittstaaten und für die Abschaffung aller Grenzkontrollen im

Vorschläge noch nicht ausgearbeitet worden bzw. seien noch ohne nennenswertes Ergebnis geblieben. Der Ministerrat müsse nunmehr prüfen, welche Lösungen auf anderen Gebieten anzustreben seien. Als Vorsitzender des Ministerrates habe er die Absicht, am 1./2. Februar die Ausarbeitung einer Art Arbeitsprogramm für 1965 vorzuschlagen, dieses Programm müsse auch die Agrarfrage einschließen.⁴²

Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen begrüßte diese Absicht, ein solches Arbeitsprogramm vorzubereiten, und schlug vor, daß in deutsch-französischer Zusammenarbeit zu den einzelnen Punkten Vorschläge ausgearbeitet würden. Er stimmte mit dem französischen Außenminister überein, daß auf vielen Gebieten Absicht und Realisierung noch weit auseinandergeingen. Wichtig erschien ihm ein grundsätzliches Übereinkommen, daß alle diese Fragen parallel zu den Agrarfragen behandelt würden.

Der *französische Außenminister* meinte hierzu, daß vor allem Fragen der gemeinsamen Handels- und Steuerpolitik langfristiger Natur seien, aber auch er sei der Meinung, daß man beginnen müsse, hierüber zu sprechen.

Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen bemerkte hierzu, daß vor allem die Behandlung der Steuerfragen ihm wichtig erschien. Man solle deshalb große Energie für die Lösung der auf diesem Gebiet anfallenden Fragen aufwenden.

4) Zum Abschluß erklärte der Herr Bundesminister des Auswärtigen, daß die Zeit nicht mehr ausreiche, ausführlich auf die Deutschland-Frage einzugehen. Er wolle sich deshalb auf eine kurze Erklärung beschränken. Dieses Thema beherrsche nach wie vor die Öffentlichkeit sehr. Wahrscheinlich werde auch in Rambouillet ausführlich darüber gesprochen werden. Heute möchte er gern eine Sache klarstellen: In der Diskussion über diese Frage komme die Argumentation hinein, daß die Erörterung der Deutschland-Frage und der Vorschlag neuer Initiativen⁴³ einem Wahlbedürfnis entspreche. Richtig sei, daß alle wichtigen außen- und innenpolitischen Probleme einschließlich der deutschen Frage in einem Wahljahr sehr diskutiert würden. Was als neue deutsche Initiative vorgeschlagen worden sei, entspreche aber nicht nur einem nationalen, sondern auch einem internationalen Bedürfnis, und zwar unabhängig von den derzeitigen Erfolgsaussichten. Wichtig sei es, diese Frage in Gang zu halten. Die deutsche Frage müsse eine internationale Frage bleiben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 128

Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten. Schließlich kündigte sie zusätzliche Vorschläge für die Verwirklichung einer Währungsunion an und schlug eine Ausweitung der Kompetenzen des Sozialfonds vor. Vgl. dazu *EUROPA-ARCHIV* 1964, D 572-580.

42 Am 4. Februar 1965 teilte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg zu der Sitzung des EWG-Ministerrats vom 1./2. Februar 1965 mit, daß u.a. über die von der EWG-Kommission, der Bundesrepublik und Frankreich vorgelegten Zeitpläne beraten werden sei. Zusätzlich zu den dort bereits festgelegten Terminen wurde über einen Vorschlag der EWG-Kommission zur Verwirklichung der Zollunion bis zum 1. Juli 1967 sowie zur Beseitigung der Steuergrenzen bis zum 1. Januar 1970 gesprochen. Während die deutsche Delegation beide Maßnahmen befürwortete, wurden von niederländischer und italienischer Seite Einwände gegen die Aufhebung der Steuergrenzen erhoben. Vgl. dazu den Drahtbericht von Meyer-Lindenberg vom 4. Februar 1965 an die Botschaften in Paris, Den Haag, Brüssel, Rom, London und Washington; Referat I A 2, Bd. 954.

Zu den Arbeitsprogrammen für das erste Halbjahr 1965 vgl. Dok. 22, Anm. 8.

43 Zur Frage einer Deutschland-Initiative vgl. zuletzt Dok. 7.

Hierzu bemerkte der *französische Außenminister*, daß das deutsche Problem in der Tat ein nationales und ein internationales Problem sei und daß Deutschland und die Deutschen einen wichtigen Faktor in der internationalen Politik darstellten. Gerade die Gespräche mit den Ungarn und mit Vertretern anderer osteuropäischer Länder bewiesen, wie stark das Interesse am deutschen Problem sei. Eine wesentliche Frage sei allerdings, welche die beste bzw. die am wenigsten schlechte Methode sei, die deutsche Frage weiter zu behandeln. Frankreich sei durchaus bereit, die Frage wieder aufzunehmen, auch wenn man sich französischerseits und sicherlich auch deutscherseits keine Illusionen über den zu erwartenden Erfolg mache. Die Frage müsse in der Tat fortgesetzt behandelt werden.⁴⁴

Abschließend dankte der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen dem französischen Außenminister für die freimütige Aussprache und regte an, daß die Sprecher beider Regierungen⁴⁵ noch kurz über das Ergebnis der Besprechungen unterrichtet werden.

Entsprechend dieser Anregung wurden die beiden Sprecher hinzugezogen und von beiden Außenministern über das Ergebnis kurz informiert.

VS-Bd. 2388 (I A 1)

24

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bassler

I B 5-82.21/92.32/40^{II}/65 geheim

19. Januar 1965¹

Zusammenfassung der mit dem pakistanischen Außenminister Bhutto am 15. und 16. Januar 1965 in Bonn geführten Gespräche

Der pakistaneische Außenminister Zulfikar Bhutto traf am 14. Januar 1965 zu einem zweitägigen Besuch in Bonn ein.

Am folgenden Tage, dem 15. Januar, fanden Besuche statt bei Herrn Bundesminister Dr. Schröder, der Bhutto am gleichen Tage ein Frühstück gab, Herrn Staatssekretär Professor Dr. Carstens, dem Herrn Bundespräsidenten, Herrn Bundesminister Dr. Krone, Altbundeskanzler Dr. Adenauer.

Am 16. Januar wurden der Herr Bundeskanzler und Staatssekretär Gumbel (BMVtg.) zu einem Meinungsaustausch aufgesucht.

Der Besuch in Bonn sollte, wie Bhutto erklärte, vor allem dazu dienen, den Standpunkt Pakistans zu den wesentlichen Problemen der Weltpolitik, insbe-

⁴⁴ Vgl. dazu weiter Dok. 26.

⁴⁵ Karl-Günther von Hase und Claude Lebel.

¹ Die Aufzeichnung hat gemäß Begleitvermerk vom 19. Januar 1965 Staatssekretär Carstens am 26. und Bundesminister Schröder am 27. Januar 1965 vorgelegen.

sondere zu den asiatischen Fragen, darzulegen. Was die deutsch-pakistanischen Beziehungen angehe, sei Pakistan interessiert, diese zu vertiefen und die bereits bestehende Zusammenarbeit² weiter auszubauen. In den mit Bhutto geführten Gesprächen nahm Bhutto zu folgenden Fragenkomplexen Stellung:

1) Pakistans Beziehungen zu den asiatischen Staaten und der westlichen Welt
 Bhutto führte hierzu aus, daß er eine der Hauptaufgaben Pakistans darin sehe, daß sein Land sich zu einer eigenen „asiatischen Persönlichkeit“ entwickeln müsse. Pakistan, das auf eine lange Geschichte zurückblicken könne, habe, nachdem es selbstständig geworden sei³, bisher keine Zeit gehabt, sich auf sich selbst zu besinnen. Es habe in enger Anlehnung an den Westen den Selbstverdungsprozeß vernachlässigt und die auf pakistanischem Gebiet lebende, durch die britische Kolonialherrschaft desintegrerende Bevölkerung noch nicht genügend zu einer Einheit zusammenschließen können. Dies müsse nachgeholt werden. Dabei müsse sich Pakistan bewußt werden, daß es ein asiatischer Staat sei und daß diese Tatsache für Pakistans Beziehungen zu den übrigen asiatischen Staaten von erstrangiger Bedeutung sei. In diesem Zusammenhang müsse auch Pakistans Verhältnis zu China gesehen werden. Pakistan und China hätten beide das gleiche Interesse an einer Normalisierung ihrer Beziehungen gehabt.⁴ Beide Regierungen seien überzeugt, daß die asiatischen Probleme nur in enger Zusammenarbeit mit den asiatischen Staaten gelöst werden könnten. Für die Erhaltung des Weltfriedens sei darüber hinaus eine Zusammenarbeit der Asiaten mit den Afrikanern notwendig. Auf die Frage, ob diese von Bhutto vertretene Linie nicht eine Kursänderung der pakistanischen Politik gegenüber dem Westen bedeute, erklärte Bhutto, daß Pakistan seine Orientierung zum Westen nicht zu ändern beabsichtige. Allerdings seien die bei der Zusammenarbeit mit dem Westen gemachten Erfahrungen nicht immer zufriedenstellend gewesen. Pakistan, das Mitglied zweier für die Verteidigung des Westens gebildeter Organisationen (SEATO⁵ und CENTO⁶) sei, habe aus dieser Mitarbeit keinen Nutzen gezogen. Die USA hätten sich für Indien entschieden und gäben Delhi eine erhebliche Waffen-

² Am 15. Januar 1965 unterzeichneten Bundesminister Schröder und der pakistanische Außenminister Bhutto ein Abkommen über den Beitrag der Bundesrepublik „zur Finanzierung der Projekte des 5. Planjahres des II. pakistanischen Fünfjahresplans“ in Höhe von insgesamt 152,5 Mio. DM. Dieser Betrag setzte sich aus einer Kapitalhilfe von 110 Mio. DM und aus Bürgschaften für Lieferantenkredite von 42,5 Mio. DM zusammen. Vgl. BULLETIN 1965, S. 65.

³ Pakistan wurde, zeitgleich mit Indien, am 15. August 1947 als Dominion im Rahmen des British Commonwealth of Nations unabhängig.

⁴ Am 28. Dezember 1962 beendeten Pakistan und die Volksrepublik China die seit dem 12. Oktober 1962 geführten Grenzverhandlungen mit der Unterzeichnung eines gemeinsamen Communiqués. Am 5. Januar 1963 wurde ein pakistanisch-chinesisches Handelsabkommen und am 29. August 1963 ein Luftverkehrsabkommen abgeschlossen, das u.a. der chinesischen Fluggesellschaft Landerechte in Pakistan einräumte. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 13, Z 26 und Z 188.

⁵ Die South East Asia Treaty Organization wurde auf der Konferenz von Manila vom 6. bis 8. September 1954 von Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, den Philippinen, Thailand und den USA gegründet.

⁶ Die Central Treaty Organization wurde am 24. Februar 1955 von der Türkei und dem Irak gegründet. Noch 1955 traten ihr Großbritannien und Pakistan, 1956 auch der Iran bei.

hilfe⁷, die mindestens einen Wert von 500 Mio. US-Dollar habe. Auch bestehe wohl kein Zweifel, daß die Sympathien Großbritanniens nicht bei Pakistan, sondern bei Indien lägen, das bei der Vergebung von Waffenhilfe eindeutig von London bevorzugt werde.⁸ Es sei daher kein Wunder, wenn sich die Beziehungen zu den USA und Großbritannien in den letzten zwei Jahren etwas abgekühlt hätten.

2) Die Beziehungen Pakistans zu Deutschland

Bhutto erklärte, daß die Beziehungen zu Deutschland gut seien. Das deutsch-pakistanische Verhältnis werde durch keine Probleme gestört. Die Deutschen erfreuten sich in Pakistan größter Beliebtheit. Pakistan habe sich – wofür gegenüber Herrn Bhutto vom Herrn Bundespräsidenten wie vom Herrn Bundeskanzler der Dank ausgesprochen wurde – stets für unsere Interessen eingesetzt und unseren Standpunkt in der Deutschland- und Berlinfrage rückhaltlos vertreten. Pakistan habe es deshalb auch im Gegensatz zu Indien abgelehnt, eine Handelsvertretung der SBZ zuzulassen. In diesem Zusammenhang glaubte er wohl sagen zu können, daß Deutschland Pakistan eigentlich noch etwas mehr hätte helfen sollen. Während Indien die Wünsche der SBZ weitgehend berücksichtige und vier SBZ-Vertretungen zugelassen habe⁹, erhalte es von uns eine wesentlich größere Entwicklungshilfe als Pakistan. Die Bundesregierung nehme auch eine unnötige Rücksicht auf indische Empfindlichkeiten, wenn sie die Ausrüstungshilfe (15 000 Maschinengewehre) dem befreundeten Pakistan nicht gewähre. Dieses seien Punkte, die er hier in Bonn zur Sprache bringen müsse, da sie – wenn diese ungleiche Behandlung anhalte – sich doch auf unsere Beziehungen auswirken müßten. Pakistan werde seine Haltung in der SBZ-Frage einstweilen nicht ändern, es müsse aber sehen, daß es für seine eigene Verteidigung und Sicherheit in den Besitz von Waffen komme, und werde diese – falls es sie nicht von uns oder von einem anderen westlichen Staat bekomme – anderswo sich beschaffen, was wiederum nicht ohne Einfluß auf die allgemeine politische Orientierung Pakistans bleiben könne.

Diesen sehr deutlichen Hinweis auf eine Verstärkung der pakistanisch-chinesischen Zusammenarbeit hat Bhutto anscheinend selbst als zu weitgehend empfunden. In seinem Toast anlässlich des von Herrn Bundesminister Schröder gegebenen Frühstücks wie in dem Gespräch mit Herrn Bundesminister Krone erklärte er, daß man ihm seine offenen Worte nicht verübeln möge. Er

⁷ Zur amerikanischen Ausrüstungshilfe für Indien während des indisch-chinesischen Grenzkonflikts 1962 vgl. den Artikel von A. M. Rosenthal, „U.S. Arms Sped to Nehru Plea as China Gains“; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38265 vom 30. Oktober 1962, S. 1.

Referat I B 5 hielt dazu am 13. Januar 1965 fest, daß die Waffenlieferungen an Indien zu einer „empfindlichen Belastung“ der amerikanisch-pakistanischen Beziehungen geführt hätten und Forderungen pakistanischer Politiker nach einem Austritt Pakistans aus UNO und CENTO hätten laut werden lassen. Vgl. VS-Bd. 2654 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965.

⁸ Zur britischen Ausrüstungshilfe für Indien während des indisch-chinesischen Grenzkonflikts 1962 vgl. den Artikel „British Airlift of Arms“; THE TIMES, Nr. 55554 vom 21. November 1962, S. 12.

⁹ Die DDR erhielt 1954 das Recht, eine Handelsvertretung in Bombay mit einer Zweigstelle in Kalkutta zu gründen. 1956 eröffnete sie weitere Niederlassungen in Neu Delhi und in Madras.

habe sie ausgesprochen in der Meinung, daß er gegenüber guten Freunden auch die Dinge etwas überspitzt ausdrücken dürfe, wenn er seinen Standpunkt klar und zweifelsfrei darlegen wolle.

3) Deutsche Ausrüstungshilfe für Pakistan

Bhutto erklärte, daß er von Staatspräsident Ayub Khan beauftragt sei, die Bundesregierung auf die Dringlichkeit der Lieferung von 15 000 Maschinengewehren hinzuweisen. Für Pakistan handele es sich hier um die Modernisierung der Bewaffnung der pakistanischen Armee, die im Interesse der Verteidigung gegen indische Aggressionsabsichten unbedingt durchgeführt werden müsse. Bhutto würden die Schwierigkeiten dargelegt, die einer solchen Lieferung entgegenstünden. Die Bundesregierung habe es während der chinesischen Aggression mit Rücksicht auf Pakistan abgelehnt, Indien Waffen zu liefern. Wenn sie an Pakistan Waffen in einem so großen Umfang liefere, werde sie größte Schwierigkeiten mit Indien bekommen. Bhutto schien dieses Argument nicht recht einsehen zu wollen. Er meinte jedenfalls, daß die Bundesregierung eine Verstimmung Indiens nicht sonderlich tragisch zu nehmen brauche, zumal Indien sich nicht wegen Waffenlieferungen an Pakistan beschweren könne, nachdem es selbst Waffen in größtem Umfang von den USA wie der Sowjetunion erhalten habe.

Mit Bhutto wurden dann Möglichkeiten besprochen, die Maschinengewehre über ein drittes Land zu liefern. Der Gedanke, sich dazu der Türkei zu bedienen, wurde von Bhutto abgelehnt. Pakistan sei zwar mit dem Iran und der Türkei durch den Istanbuler Vertrag¹⁰ eng verbunden; dieser Vertrag betreffe jedoch nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wenn die Türkei als Zwischenlieferant für Waffen eingeschaltet würde, sei zu befürchten, daß die Ostblock-propaganda den Istanbuler Vertrag als Neuauflage der CENTO angreife. Da die CENTO längst gestorben sei, wäre es Pakistan höchst unerwünscht, in den Verdacht zu geraten, die CENTO auf anderem Wege wiederaufleben zu lassen. Er werde sich aber überlegen, welche Vorschläge er uns machen könne. Vielleicht müsse man Italien einschalten. Deutscherseits wurde keine Zusicherung gemacht, daß der Lieferung der Maschinengewehre zugestimmt werden würde. Herr Bundesminister Schröder, Staatssekretär Gumbel wie auch der Herr Bundespräsident beschränkten sich auf die Erklärung, daß wir gern bereit seien, Pakistan zu helfen; es müsse aber ein gangbarer Weg für die Durchführung der Lieferung gefunden werden. Diesen zu finden, könne der Bundesregierung nicht allein überlassen bleiben; auch Pakistan müsse sich dement sprechende Gedanken machen.

4) In mehreren Gesprächen berührte Bhutto das Verhältnis Pakistans zu Indien. Indien sei für Pakistan jetzt der Feind Nr. 1. Es verhindere eine Lösung der Kaschmir-Frage.¹¹ Es bause eine große Wehrmacht auf, die es Indien als

¹⁰ Mit gemeinsamem Communiqué vom 5. Juli 1964 vereinbarten Pakistan, der Iran und die Türkei, die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet auszubauen und zu diesem Zweck jährlich drei Außenministertreffen abzuhalten. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11309.

¹¹ Seit der Unabhängigkeit von Pakistan und Indien am 15. August 1947 erhoben beide Staaten Ansprüche auf die Provinz Kaschmir, wobei von pakistanischer Seite das Argument der Selbstbestimmung der überwiegend moslemischen Bevölkerung von Kaschmir angeführt wurde. Nachdem indische Truppen den größeren südöstlichen und pakistanische Einheiten den kleineren nord-

viermal volkreicherem Staat ermögliche, das in zwei Teile getrennte Pakistan zu vernichten.

Bhutto appellierte an die Bundesregierung, die Bemühungen seines Landes um eine Lösung des Kaschmir-Problems zu unterstützen. Es wurde ihm erwidert, daß wir uns darauf beschränken müßten, die Forderung Pakistans auf Selbstbestimmung zu unterstützen. Diese Forderung sei für die Bundesregierung von ebenso grundlegender Bedeutung wie für Pakistan. Bei verschiedenen Begegnungen mit Nehru und Radhakrishnan sei der indischen Regierung die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts nahegelegt worden. Offensichtlich sehe Delhi in einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts eine Gefahr für die Einheit Indiens.

Mit der angeblichen Bedrohung Indiens durch China¹² mache Neu Delhi ein ausgezeichnetes Geschäft. Es erhalte von den USA eine enorme Waffen- und Entwicklungshilfe, ohne daß im Ernst von einer Bedrohung Indiens durch China gesprochen werden könne. Nicht China, wie Bhutto mehrmals zu überzeugen versuchte, sei der Aggressor, sondern Indien. Indien habe versucht, chinesische Wachposten aus Grenzgebieten herauszudrängen, die einwandfrei chinesisches Territorium seien und nur unberechtigterweise von Indien beansprucht würden. Diese Maßnahme Indiens hätte dann zu Gegenangriffen Chinas geführt. China hätte nicht die Absicht, Indien wieder anzugreifen. Es würde jedoch zurückslagen, falls Indien versuchen sollte, die chinesischen Posten im Grenzgebiet zu vertreiben.

5) Beziehungen Pakistans zur Sowjetunion

Bhutto bezeichnete die Beziehungen zu Moskau als im allgemeinen befriedigend. Das Verhältnis zu Moskau habe sich erst vor einigen Jahren langsam verbessert. Pakistan wolle aber zu allen Staaten normale Beziehungen haben. Es habe sich daher entschlossen, sich trotz der für Pakistan nicht hinnehmbaren Haltung Moskaus zum Kaschmir-Problem um eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion zu bemühen. Das Gespräch über dieses Thema verstärkte den Eindruck, daß Bhutto besonders wegen der sich anbahnenden Annäherung zwischen Indien und der Sowjetunion an einem besseren Verhältnis mit Moskau interessiert ist. Er läßt sich von der Hoffnung leiten, daß eine solche Annäherung durch ein pakistanisches Werben um Moskau aufgehalten oder erschwert werden könnte.

Zur Lage der Sowjetunion meinte Bhutto, daß die Kremlmachthaber stark mit ihren politischen Problemen beschäftigt seien. Das Verhältnis zu China habe sich auch keineswegs verbessert; die Kluft zwischen beiden Staaten sei größer

Fortsetzung Fußnote von Seite 133

westlichen Teil der Provinz besetzt hatten, wurde nach Vermittlung der UNO am 1. Januar 1949 ein Waffenstillstand geschlossen. Zur Zusitzung des Konflikts im Verlauf des Jahres 1965 vgl. weiter Dok. 341.

¹² Der Konflikt zwischen Indien und der Volksrepublik China betraf die Grenzziehung zwischen beiden Staaten. Nach der Besetzung der beanspruchten Gebiete durch chinesische Truppen gab die chinesische Regierung am 21. November 1962 die Einstellung der Kampfhandlungen bekannt. Indien hielt die Waffenruhe ein, blieb aber bei der Forderung nach Wiederherstellung des Status quo ante.

denn je und würde sich durch den Machtkampf um die Führung der Kommunistischen Parteien in der Welt weiter verstärken.¹³ China sei nicht mehr aufzuhalten, die stärkste Macht Asiens zu werden. Es sei daher ein Gebot der Klugheit, sich mit China gutzustellen. S.E. solle auch die Bundesregierung prüfen, ob sie nicht mit China Beziehungen aufnehmen wolle. Ein solcher Schritt könne sich – wie Bhutto gegenüber dem Herrn Altbundeskanzler Adenauer bemerkte – für die deutsche Politik günstig auswirken.

6) Lage in Südostasien

Die Lage in Südostasien beurteilte Bhutto äußerst pessimistisch.¹⁴ Einen militärischen Sieg der USA hielt er für rundweg ausgeschlossen. Die Bevölkerung Süd-Vietnams habe die Hoffnung verloren, daß die USA sich noch militärisch durchsetzen könnten, gleich, wieviel Waffen und Kriegsmaterial sie in Zukunft noch nach Süd-Vietnam hineinbrächten. Es bleibe für die USA nichts mehr übrig, als sich zu einer politischen Lösung bereitzufinden. Je länger man damit warte, um so ungünstiger würden die Bedingungen und um so wahrscheinlicher würde eine Neutralisierung zur Machtübernahme durch die Kommunisten führen. Hinsichtlich der Auswirkungen einer solchen Entwicklung könne man – wie Bhutto meinte – keine Illusionen haben. Um so wichtiger sei, wenigstens zu versuchen, China in ein Netz von Pakten zu verstricken und Peking durch Aufnahme in die UNO¹⁵ Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens zuzuschieben.

Die Beziehungen Pakistans zu Indonesien bezeichnete Bhutto als freundschaftlich. Er versuchte, den Austritt Indonesiens aus der UNO¹⁶ zu entschuldigen. Hierbei zeigte er weitgehend Verständnis für die Weigerung Sukarnos, Malaysia als Mitglied des Sicherheitsrates anzuerkennen. Sukarno sei ziefst davon überzeugt, daß Malaysia ein Gebilde der Engländer sei.¹⁷ England

¹³ Zum ideologischen Konflikt zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China vgl. Dok. 26, Anm. 18.

¹⁴ Zur Situation in Vietnam vgl. auch Dok. 7, Anm. 17.

Zu einer ähnlich pessimistischen Einschätzung gelangten die Botschafter und Konsuln der Bundesrepublik in Süd- und Ostasien, die vom 1. bis 4. Februar 1965 zu einer Konferenz in Bonn zusammenkamen. Sie kamen zu dem Schluß, die einzige mögliche Lösung der Vietnam-Frage liege in „einer Kombination von verstärkter militärischer Anstrengung und von Verhandlungen mit sämtlichen politischen Kräften, einschließlich der kommunistischen Vietkong-Bewegung“. Vgl. das Schreiben des Bundesministers Schröder vom 25. Februar 1965 an Bundeskanzler Erhard; VS-Bd. 2651 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁵ Die Volksrepublik China gehörte der UNO nicht an, während die Republik China (Taiwan) seit dem 24. Oktober 1945 Mitglied war.

¹⁶ Am 7. Januar 1965 gab Präsident Sukarno bekannt, daß Indonesien aus der UNO austreten werde, weil der Bundesstaat Malaysia in den UNO-Sicherheitsrat aufgenommen worden sei. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, D 351–353.

¹⁷ Am 16. September 1963 wurde durch einen Zusammenschluß des Bundesstaates Malaya mit den britischen Kronkolonien Singapur, Sabah (zuvor: Nord-Borneo) und Sarawak der Bundesstaat Malaysia gegründet. Malaysia wurde von den Philippinen und Indonesien nicht anerkannt. Indonesien erhob territoriale Ansprüche auf die zur Insel Borneo gehörenden Provinzen Sabah und Sarawak, in denen indonesische Guerillas operierten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 26.

Am 7. Januar 1965 führte Sukarno dazu aus: „Der Kampf gegen die ausländischen Militärstützpunkte ist ein Teil des Kampfes gegen den Imperialismus. [...] „Malaysia“ ist in der Tat ein ausländischer Militärstützpunkt, ein Instrument des Imperialismus und eine große Militärbasis, die ge-

habe militärisch in Südostasien nichts mehr zu suchen. Die jetzige britische Flottenzusammenziehung bei Singapur¹⁸ bestätige Sukarno nur in seiner Auffassung, daß England sich aus diesem Raum zurückziehen müsse. Er sei sicher, daß Indonesien einen Krieg vermeiden würde. Die innenpolitische Entwicklung in Indonesien sei jedoch sehr ungünstig. Die Kommunistische Partei sei offensichtlich daran interessiert, ihre Machtstellung noch zu Lebzeiten Sukarnos durchzusetzen.¹⁹

Die Gespräche mit Bhutto verliefen in einer sehr freundschaftlichen, aufgeschlossenen Atmosphäre. Bhutto hat an dem Interesse Pakistans, enge und herzliche Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu unterhalten, keinen Zweifel gelassen und verschiedentlich seine Bereitschaft erklärt, unsere Anliegen bei den Regierungen zu unterstützen, zu denen Pakistan besonders gute Beziehungen habe. Herr Bundesminister Schröder hat Bhutto versichert, daß er die Gespräche mit ihm als sehr nützlich für die deutsch-pakistanischen Beziehungen betrachte und es wünschen würde, diese Gespräche wenn möglich in Karachi fortsetzen zu können.

Bassler

VS-Bd. 2654 (I B 5)

Fortsetzung Fußnote von Seite 135

gen Indonesien und die neu aufstrebenden Kräfte in Südostasien eingesetzt wird. Wir sollten sie zerschmettern.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 353.

¹⁸ Am 28. Januar 1965 teilte der britische Botschafter Roberts Staatssekretär Carstens mit, aufgrund der Tatsache, daß Indonesien eine Armee von 380000 Mann aufgestellt habe, die es „im Bereich von Sarawak und Sabah“ konzentriere, sehe sich die britische Regierung veranlaßt, „etwa ein Drittel bis die Hälfte ihrer Gesamtflotte“ in den Gewässern bei Borneo zu stationieren. Vgl. den Vermerk von Carstens vom 30. Januar 1965; VS-Bd. 2650 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁹ Die Botschafter und Konsuln der Bundesrepublik kamen auf ihrer Konferenz vom 1. bis 4. Februar 1965 in Bonn zu dem Schluß, daß eine friedliche Lösung des Malaysia-Konflikts zur Zeit nicht in Sicht sei. Es sei das Ziel des Präsidenten Sukarno, „sämtliche malaiischen Völker unter der Führung Djakartas“ zu vereinigen. Vgl. das Schreiben des Bundesministers Schröder vom 25. Februar 1965 an Bundeskanzler Erhard; VS-Bd. 2651 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965. Zum Malaysia-Konflikt vgl. weiter Dok. 109.

Botschafter von Walther, Ankara, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 47

19. Januar 1965

Aufgabe: 20. Januar 1965

Ankunft: 20. Januar 1965, 10.50 Uhr

Auf Drahterlaß Nr. 15 vom 11.1. StS 56/65 geheim¹ und Anschluß Drahtbericht Nr. 30 vom 15.1.65²

Hatte heute mit Generalsekretär des Außenministeriums Bayülken eineinhalbständiges Gespräch über weitere Zypernentwicklung³:

1) Ich nahm eingangs zu der seinerzeitigen türkischen Bitte auf Befürwortung der türkischen Pläne gemäß vorbezeichnetem Drahterlaß Stellung und führte aus, daß Bundesregierung nicht geglaubt habe, türkischer Bitte Folge geben zu sollen. Man sei in eingehenden Besprechungen in Bonn zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Propagierung der türkischen Pläne (Unabhängigkeit Zyperns und Föderalverfassung) sich so lange eher zum Schaden als zum Nutzen der Türkei auswirken würde, wie nicht die Zypern-Frage in den UNO-Sitzungen wirklich zur Verhandlung käme. Eine derartige Propagierung durch befreundete Regierung würde zweifellos von griechischer Seite gereizte Reaktion hervorrufen, durch die die Durchführung türkischer Pläne eher gestört werden könnten. Wir glaubten daher, man solle jede weitere Aktion solange zurückstellen, wie nicht ein besserer Überblick über die Entwicklung der UNO möglich sei. Ich glaube, daß ich Bayülken von der Richtigkeit dieser Ausführungen überzeugt habe.

2) Auf meine Frage, wie sich die Türken die Föderallösung vorstellen, erwiderte Bayülken, daß etwa ein Fünftel der Insel im Osten für die türkische Bevölkerung vorgesehen werden solle. Die Demarkationslinie soll den türkischen Teil von Nikosia einschließen. Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Lösung sei die Umsiedlung, wobei man türkischerseits an die Umsiedlung von etwa 6000 griechischen und türkischen Familien denkt. Für griechische Bevöl-

¹ Vgl. VS-Bd. 433 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

² Botschafter von Walther, Ankara, teilte aus einem Gespräch mit dem Schwiegersohn des Ministerpräsidenten Inönü, Toker, mit, die Türkei wolle ihre Beziehungen zur UdSSR verbessern. Dabei sei sich, so Walther, die türkische Regierung der sowjetischen Absicht bewußt, „durch Schaffung eines unabhängigen Zypern halbcommunistischer Prägung im Mittelmeer einen point neuralgique ähnlich wie in Berlin zu schaffen“. Trotz dieser Erkenntnis überwiege „die Enttäuschung über die westlichen Alliierten und vor allem die tiefe Abneigung gegen die Griechen“. Vgl. VS-Bd. 1352 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1965.

³ Im Dezember 1963 brachen auf Zypern, das 1960 von Großbritannien unabhängig geworden war, Kämpfe zwischen der griechischen und türkischen Bevölkerung aus. Präsident Makarios kündigte am 4. April 1964 die Garantie- und Bündnisverträge mit Griechenland und der Türkei und damit die bisherige verfassungsrechtliche Ordnung Zyperns. Im März 1964 ernannte die UNO einen Vermittler in der Zypern-Krise und entsandte erste Einheiten einer Friedensstreitmacht. Trotz Anwesenheit der UNO-Truppen kam es zu weiteren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen griechischen und türkischen Zyprioten, in die auch die türkische Armee eingriff. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 348.

kerung sei Lösung sehr vorteilhaft, da der für die Türken vorgesehene Teil landwirtschaftlich weniger gut sei und insbesondere alle Bodenschätze und Industrien auf der griechischen Seite lägen. Von der Zentralregierung solle die Außenpolitik, das Militär, Zoll, Strafjustiz und einige andere Gebiete verwaltet werden. Der Präsident des Landes solle von den Griechen, der Vizepräsident von den Türken gestellt werden. Eine Skizzierung der türkischen Vorstellungen folgt mit nächstem Schriftbericht.

3) Bayülken teilte sodann mit, daß etwa in den nächsten 14 Tagen eine sowjetische Erklärung zu erwarten sei, durch die sich die Sowjetregierung in noch stärkerem Maße als durch die Podgornyj-Rede im türkischen Parlament⁴ zugunsten der türkischen Föderallösung in Zypern erklären würde.⁵ Im Anschluß hieran trug Bayülken die folgende Bitte an die Bundesregierung vor:

Türkische Regierung wäre dankbar für eine formlose mündliche Erklärung ihrer Freunde (d.h. insbesondere der Amerikaner, Engländer und Deutschen) dem türkischen Außenministerium gegenüber, daß sie grundsätzlich mit den türkischen Plänen hinsichtlich einer Föderallösung für Zypern übereinstimmen. Diese Erklärung soll die türkische Regierung in die Lage versetzen, dem türkischen Parlament gegenüber ohne nähere Angaben allgemein zu erklären, die Freunde und Alliierten der Türken teilten die türkischen Ansichten über eine Lösung in Zypern. Ich habe den Eindruck, daß die türkische Regierung die Kritik der parlamentarischen Opposition fürchtet, daß sie sich in ihrer Zypernpolitik nur auf die Russen stütze.

Ich erwiderte, daß ich ermächtigt sei, nochmals unsere volle Anerkennung über die Gültigkeit der Verträge von Zürich und London⁶ in aller Form zu erklären. Mir persönlich schienen die türkischen Pläne nur eine Modifizierung dieser Verträge zu sein, die ja auch schon eine Föderallösung stipuliert hät-

⁴ Zum Aufenthalt des Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU in der Türkei vgl. Dok. 14, Anm. 11.

Podgornyj hielt am 5. Januar 1965 eine Rede vor beiden Häusern des türkischen Parlaments, in der er für eine friedliche Lösung des Zypern-Konflikts plädierte, „auf der Grundlage der Anerkennung der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Zypern und auf der Grundlage der Berücksichtigung der legitimen Rechte beider Volksgruppen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 30.

⁵ Am 21. Januar 1965 bekundete der sowjetische Außenminister Gromyko Unterstützung für die von türkischer Seite für Zypern geforderte Föderalverfassung, die jedoch keine Abschaffung der Zentralregierung mit sich bringen dürfe. Vgl. IZVESTIJA, Nr. 15 vom 21. Januar 1965, S. 2. Damit, so Botschafter Groepper, Moskau, am 27. Januar 1965, sei Gromyko in entscheidender Weise von dem türkischen Konzept abgewichen. Groepper hob ferner die sowjetische Ablehnung des griechischen Konzepts der Enosis hervor, und erläuterte, daß eine Vereinigung Zyperns mit dem NATO-Mitglied Griechenland für die UdSSR die „nachteiligste aller Lösungen“ darstellen würde. Vielmehr liege die „Beseitigung aller militärischen Rechte von NATO-Staaten auf Zypern“ im sowjetischen Interesse. Vgl. den Drahtbericht Nr. 83; Referat I A 4, Bd. 326.

⁶ Auf den Konferenzen von Zürich (5. bis 11. Februar 1959) und London (17. bis 19. Februar 1959) wurde eine Einigung über den künftigen Status von Zypern erzielt. In einem Memorandum vom 19. Februar 1959 nahmen Großbritannien, Griechenland und die Türkei die ausgearbeitete Verfassung, den Garantievertrag über die Unabhängigkeit Zyperns und den Bündnisvertrag zwischen Zypern, Griechenland und der Türkei an. Nach Klärung von Differenzen über den Fortbestand zweier britischer Militärbasen auf Zypern wurden die Dokumente am 7. Juli 1960 unterzeichnet. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1959, Z 20 und Z 26 f.; AdG 1959, S. 7573-7575; AdG 1960, S. 8500.

ten.⁷ Wenn auch die bisherige Föderallösung nur auf ethnischer Basis und nicht auf geographischer Basis vorgesehen gewesen sei, so schienen mir die jetzigen türkischen Pläne eine Modifizierung dieser Verträge, während der griechische Gedanke zur Zypernlösung, insbesondere der Gedanke der Enosis⁸, einen völligen Bruch mit den obigen Verträgen bedeute. Ich würde meiner Regierung die türkische Bitte unterbreiten und behielte mir weitere Nachricht vor.⁹

Da gerade vor mir englischer Botschafter¹⁰ bei Bayülken gewesen war, frug ich nach der englischen Einstellung zu der türkischen Bitte. Bayülken bezeichnetet die britische Haltung als zurückhaltend, „da die Engländer nur ihre Basen auf Zypern im Auge hätten“. Er nehme aber an, daß die englische Einstellung sich positiv entwickeln würde, nachdem die türkische Regierung immer wieder die Unantastbarkeit der Verträge über die englischen Basen anerkannt hätte.

4) Ich befrug sodann Bayülken über die türkischen Pläne für den Fall, daß vorläufig die UNO nicht arbeitsfähig sein und die weiteren Sitzungen auf September verschoben werden würden. Bayülken antwortete, daß türkische Regierung ernsthaft mit dem Gedanken umginge, den Vorschlag Nkrumahs mit dem Ziel einer Sechser-Sitzung (Türkei, England, Griechenland, türkischer Zypernvertreter, griechischer Zypernvertreter und Nkrumah als unparteiischer Vertreter) aufzunehmen. Nkrumah stünde grundsätzlich auf dem Boden der türkischen Vorschläge. Türkei sei weiterhin gewillt, jede Gewaltanwendung zu vermeiden, falls es nicht auf Zypern zu blutigen Zwischenfällen käme. Dazu sei aber wahrscheinlich Makarios nach den Erfahrungen auf Kokkina¹¹ zu klug.

⁷ Auf der Konferenz vom 5. bis 11. Februar 1959 in Zürich wurde vereinbart, daß Zypern eine unabhängige Republik werden solle mit einem Zyprioten griechischer Abstammung an der Spitze und einem Vertreter des türkischen Bevölkerungsteils als stellvertretenden Präsidenten. Jeder der beiden Bevölkerungsteile sollte ein eigenes Parlament erhalten; zusätzlich sollte ein gemeinsames Parlament geschaffen werden, in dem die griechischen und türkischen Zyprioten im Verhältnis 70:30 vertreten sein würden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1959, Z 20.

Diese Beschlüsse wurden auf der Konferenz von London vom 17. bis 19. Februar 1959 bestätigt.

⁸ Griechisch: Vereinigung. Der Begriff „Enosis“ ging in seiner politischen Bedeutung auf die im 19. Jahrhundert aus dem Widerstand gegen die osmanische Herrschaft entstandene Enosis-Bewegung der griechischen Bevölkerungsmehrheit auf Zypern zurück, die für eine staatliche Vereinigung mit Griechenland eintrat.

⁹ Die Bundesregierung stand dem türkischen Wunsch nach politischer Unterstützung, der bereits im November 1964 an sie herangetragen worden war, mit Skepsis gegenüber. Am 14. Dezember 1964 argumentierte Ministerialdirigent Voigt in dieser Frage, daß „eine Unterstützung der Föderallösung [...] ein Aufgeben der bisherigen Linie der Bundesregierung bedeuten [würde], für keine der beiden Hauptbeteiligten Partei zu ergreifen“. Es sei die Auffassung der Bundesregierung, „daß wir durch eine einseitige Unterstützung eines der beiden Hauptbeteiligten im Zypernkonflikt die Spannung nur vertiefen würden, indem wir [...] die echte Gesprächs- und Konzessionsbereitschaft beeinträchtigen würden“. Vgl. den Runderlaß Nr. 4396; VS-Bd. 2141 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1964.

¹⁰ Sir Denis Allen.

¹¹ Vom 7. bis 9. August 1964 bombardierte die türkische Luftwaffe Dörfer in der Nähe der zypriotschen Ortschaft Kokkina. Von türkischer Seite wurde die Aktion damit begründet, daß griechische Zyprioten die ursprünglich türkischen Siedlungen besetzt und die Einwohner vertrieben hätten. Diese hätten sich an die Küste und in die benachbarte Bucht von Mansura geflüchtet, wo sie jedoch in Gefahr gewesen seien, von den zahlenmäßig überlegenen Griechen überwältigt zu werden. Die türkischen Angriffe, bei denen Napalm-Bomben und Bordwaffen eingesetzt wurden,

5) Ein Memorandum zur Zypernfrage, das den türkischen Good-Will-Missionen als Unterlage dient, sowie obenerwähnte Skizzierung folgt mit nächstem Kurier.¹²

[gez.] Walther

VS-Bd. 2439 (I A 4)

26

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet

Z A 5-9.A/65 geheim

20. Januar 1965¹

Der Herr Bundeskanzler führte am 20. Januar 1965 um 9.30 Uhr auf Schloß Rambouillet ein zweites Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle. Bei der Besprechung war außerdem der Chef des Bundeskanzleramts, Bundesminister Westrick, zugegen.

General *de Gaulle* sagte einleitend, am Vorabend habe er mit dem Herrn Bundeskanzler über mögliche diplomatische Schritte zur Wiedervereinigung gesprochen.² Der Herr Bundeskanzler habe ihm dabei erklärt, daß er einen Kontakt der Westmächte wünsche, damit diese darüber diskutieren könnten, ob der Sowjetunion ein Vorschlag gemacht werden könnte. Er habe dabei erklärt, daß sich Frankreich einem solchen Verfahren nicht widersetzen werde. Er habe aber nicht verhehlt, daß es wohl zu keinen positiven Ergebnissen führen werde, selbst wenn man davon ausgehe, daß England und Amerika dieselbe Bereitschaft zeigten, einen solchen Schritt im derzeitigen Augenblick für angemessen zu erachten. Zur Substanz selbst seien alle Westmächte ja einig, die Frage sei nur, ob eine solche Prozedur jetzt opportun sei. Es sei also nicht wahrscheinlich, daß die Sowjets nunmehr zum Gespräch bereit seien. Es könnte allerdings sein, daß die Sowjets erklärten, natürlich müsse man das Deutschlandproblem lösen, und diese Lösung müsse in einem Friedensvertrag mit der Bundesrepublik und mit der DDR bestehen, müsse die gegenwärtig be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 139

kosteten vermutlich über hundert der „überraschten griechischen Kämpfer“ und 53 Zivilisten das Leben. Vgl. den Schriftbericht des Botschafters Koenig, Nikosia, vom 8. Februar 1965; Referat I A 4, Bd. 326. Vgl. dazu auch EUROPA-ARCHIV 1964, Z 188.

¹² Für den Wortlaut des „Memorandum sur la Question de Chypre“ sowie für eine Kurzfassung des türkischen Vorschlags für eine Föderalverfassung für Zypern vgl. Referat I A 4, Bd. 326. Zur Zypern-Krise vgl. weiter Dok. 71.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 22. Januar 1965 gefertigt.

² Vgl. Dok. 22.

stehenden Grenzen anerkennen, müsse die Abrüstung von ganz Mitteleuropa im Rahmen des Rapacki-⁴ (oder des sehr ähnlichen Wilson-⁵) Planes enthalten, mit anderen Worten ein Vakuum in Mitteleuropa schaffen. Eine solche Antwort von russischer Seite wäre natürlich nicht akzeptabel. Er selbst habe am Vortage die französische Auffassung dargelegt, daß die mögliche Perspektive für eine Wiedervereinigung Deutschlands eines Tages nur in einer europäischen Unternehmung bestehen könne. Dieser Zeitpunkt sei natürlich noch nicht gekommen, denn Europa und ganz besonders der Osten seien dafür noch nicht reif. Bei weiterer Entwicklung in Richtung auf den Frieden, bei weiterer Befreiung der Satellitenstaaten und bei wachsendem chinesischem Druck auf die Sowjets bzw. deren russische Nachfolger könne aber der Tag kommen, wo all diese Staaten wirklichen Frieden wünschten, und ein wirklicher Friede sei ohne Wiedervereinigung Deutschlands nicht denkbar. Es sei aber denkbar, daß dann die Sowjets oder deren Nachfolger bereit seien zu einem Gespräch mit einem totalen Europa im Sinne der Zusammenarbeit zwischen dem europäischen Osten und dem europäischen Westen und daß in diesem Zusammenhang Deutschland unter gewissen Bedingungen hinsichtlich seiner Grenzen und seiner Bewaffnung wiedervereinigt werde. Dies sei nicht unmöglich, und für Frankreich sei dies sogar der einzige vorstellbare Weg. Frankreich werde dies im Laufe der Zeit auch immer deutlicher erkennen lassen. Er wisse, daß dies ein langfristiger Prozeß sei. Er habe am Vorabend dann noch hinzugefügt, daß der verständliche deutsche Wunsch für eine Wiederaufnahme des Wiedervereinigungsproblems unglücklicherweise zusammenfalle mit der Frage der Beteiligung Deutschlands am Einsatz nuklearer Waffen⁶, die ebenfalls von deutscher, aber auch von amerikanischer Seite aufs Tapet gebracht worden sei. Er erachte diese Koinzidenz der beiden Probleme als inopportun, da zweifellos ein Eintreten Deutschlands in das atomare Spiel die Prüfung der Wiedervereinigung störe. Er fasse noch einmal dahingehend zusammen, daß Frankreich keine Einwände habe, wenn Deutschland wünsche, daß die Westmächte untereinander und mit der Bundesrepublik in Kontakt träten, um möglicherweise den Sowjets einen Vorschlag zu machen.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich und sagte, die Zusammenfassung der gestrigen Gespräche scheine ihm richtig zu sein. Er sei auch dankbar für das Verständnis des Generals für den deutschen Wunsch einer Aktion des Westens, selbst wenn dieser Aktion wenig Aussicht auf Erfolg beschieden sei. Man dürfe über dem säkularen Prozeß die Tagespolitik nicht vergessen. Er wisse sehr wohl, daß das Deutschlandproblem ohne eine europäische Ordnung nicht lösbar sei. Eine solche Ordnung zu schaffen werde nicht einfach sein, da die gesellschaftlichen Prinzipien und politischen Vorstellungen der

⁴ Zum Rapacki-Plan vgl. Dok. 152.

⁵ Premierminister Wilson befürwortete, ebenso wie der polnische Außenminister Rapacki, die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, knüpfte daran aber die Bedingungen, daß das militärische Gleichgewicht nicht gestört werden dürfe, daß alle beteiligten Staaten einverstanden sein müßten, daß „die betreffende europäische Zone bis auf die westliche Sowjetunion ausgedehnt und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gleichzeitig mitbehandelt“ werden sollten. Vgl. den Drahtbericht des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lahn, z.Z. London, Nr. 216 vom 24. Februar 1965; VS-Bd. 4072 (II 8); B 150, Aktenkopien 1965.

⁶ Zur geplanten MLF vgl. Dok. 20.

betroffenen Länder sehr unterschiedlich seien und es zweifellos Schwierigkeiten machen werde, eine Synthese zwischen den gesellschaftlichen Lebensformen, den währungspolitischen Ordnungen u.a.m. herzustellen. Dieses Gespräch werde aber zu führen sein, und er glaube sogar, daß die Hindernisse nicht unüberwindlich sein müßten, sofern das Unabhängigkeitsgefühl in den Ländern des Ostens Gestalt gewinne. Er sei auch einer Auffassung mit General de Gaulle, daß es eine wesentliche Aufgabe Deutschlands und Frankreichs sei, ein freies Europa zu organisieren, es stärker und selbstbewußter zu machen. Damit werfe er das Problem der Organisation des westlichen Bündnisses auf. Man müsse sich natürlich im klaren sein, daß der Wille und der Weg zu einem stärkeren und bewußteren Europa größere Opfer von allen verlangen werde.

Hinsichtlich der nuklearen Verteidigung kenne General de Gaulle die Gründe, die seinen Vorgänger Adenauer und ihn bewogen hätten, positiv auf den Vorschlag der MLF zu reagieren. Inzwischen hätten sich jedoch verschiedene Entwicklungen ergeben, die zu einer gewissen Unsicherheit geführt hätten. Er wolle gleich sagen, daß er persönlich und seine Partei die britische Konzeption⁷ nicht besonders schätzen, da sie zu wenig europäische Züge trage. Er habe im übrigen den Eindruck, daß die USA das Problem der nuklearen Verteidigung nicht im Widerspruch zu Frankreich oder zumindest ohne vorherige tiefgreifende Konsultation mit Frankreich entschieden sehen möchten.⁸ Innerpolitisch könne er selbst zur Zeit das nukleare Problem gar nicht brauchen, weil dies einer Zerreißprobe gleichkäme.⁹ Er wolle nicht sagen, daß Deutschland vom Prinzip bzw. der Notwendigkeit eines wirksamen nuklearen Schutzes für Europa abgehen wolle, sondern lediglich zu vermeiden suche, in der Folgezeit schließlich nur noch über nukleare Fragen zu sprechen. Angesichts der bestehenden Meinungsverschiedenheiten sei eine gemeinsame Basis jedenfalls noch nicht gewonnen, und es erscheine fraglich, ob die zu führenden bilateralen europäischen Gespräche zu einer Übereinstimmung führen werden. Es ist politisch auch schwer denkbar, daß die Bundesregierung, die ihrerseits in wenigen Monaten durch Wahlen erneut bestätigt werden müsse, einen Vertrag abschließe, den der Bundestag weder ratifizieren noch auch diskutieren könnte. Man könne daraus schließen, daß ohne unser Zutun und ohne bewußte Verschleppungstaktik das Problem noch nicht ganz spruchreif sei. Es bleibe also Zeit zur weiteren Diskussion.

Insbesondere interessiere ihn die Frage, wie sich General de Gaulle eine wirksame europäische Verteidigung vorstelle. Ganz allgemein glaube auch er, daß ein stärkeres und enger verbundenes Europa im Rahmen des westlichen Bündnisses mehr Einfluß und mehr Mitsprache gewinnen könne und solle. Vielleicht erscheine aus der Sicht des Generals das deutsche Volk zu sehr um seine Sicherheit besorgt, aber ein Volk, das so viel Tragik erlebt habe, müsse in erster Linie an seine Sicherheit denken. Gerade aus diesem Grund wolle

⁷ Zum Vorschlag einer ANF vgl. Dok. 20, besonders Anm. 9–12. Für die Stellungnahme der Bundesregierung zu den britischen Vorschlägen vgl. Dok. 21.

⁸ Vgl. dazu Dok. 12, Anm. 11.

⁹ Zu den unterschiedlichen Positionen, die innerhalb der Bundesregierung zur geplanten MLF/ANF vertreten wurden vgl. Dok. 14, Anm. 9.

Deutschland ein würdiger und vertrauensvoller Verbündeter der Vereinigten Staaten bleiben. Das deutsche Volk wolle nicht vor die Notwendigkeit einer Wahl zwischen der Freundschaft mit Frankreich, die es ersehne, und der Freundschaft mit Amerika, ohne dessen Schutz es nicht in Sicherheit leben könne, gestellt werden. Er wisse natürlich auch, daß all diese Fragen mit der Wiedervereinigung zusammenhingen. Deutschland wolle hinsichtlich der Wiedervereinigung sich auf alle drei Westmächte verlassen können.

Zur Verteidigung sei zu sagen, daß in Weißrussland mindestens 900 Mittelstreckenraketen stünden, die auf Europa und nicht auf Amerika gerichtet seien. Unter den Europäern fühle sich Deutschland am meisten bedroht, und daraus ergebe sich die Frage, mit welchen Mitteln und auf welche Weise der beste Schutz gegen diese ständige Bedrohung gewährleistet werden könnte. Deutschland wolle nicht den Besitz nuklearer Waffen, sondern eine dieser Bedrohung angemessene wirksame Verteidigung gesichert wissen. Es gefalle Deutschland nicht, wenn es bei allen Überlegungen und Unternehmungen nuklearen Charakters so aussehe, als ob jedes System einer nuklearen Verteidigung primär dem Ziel dienen müsse, die Deutschen von nuklearen Waffen fernzuhalten. Deutschland erstrebe keinen Besitz und keine Verfügung über nukleare Waffen. Man brauche es nicht von diesen Waffen fernzuhalten. Deutschland wolle nur einen angemessenen Schutz, und es möchte zu diesem Zweck an der Planung und Strategie der Verteidigung Europas mitratzen dürfen.

General *de Gaulle* erklärte, hinsichtlich der Frage der Verteidigung und der Zukunft Europas gebe es die Gegenwart und die Zukunft. Die Gegenwart, das heißt das Bisherige, sei die Bedrohung durch die Sowjets und das sowjetische Lager, eine Bedrohung, die sich schon aus der Weltherrschaftsideologie ergebe. Aus diesem Grunde habe Frankreich ebenso wie Deutschland, England und die übrigen Partner gerne das Atlantische Bündnis mit Amerika¹⁰ geschlossen. Die Verteidigung gegen den ungeheuren sowjetischen Koloß liege im Einsatz der nuklearen Waffen. Dies sei die einzige wirksame Möglichkeit, eine Aggression zu verhindern, die Sowjets abzuschrecken und, falls es zu einer Aggression käme, die Sowjets zu zerstören, obwohl man selbst dabei den Tod erleiden könnte. Deswegen habe Frankreich das Atlantische Bündnis geschlossen und halte auch daran fest. Amerika seinerseits nun habe dieses Bündnis keineswegs geschlossen aus Liebe zu Deutschland oder Frankreich oder England, sondern weil die Verteidigung Europas gleichbedeutend sei mit der Verteidigung Amerikas. Amerika wisse, wenn Europa verschwände oder sowjetisiert würde, daß dann Amerika früher oder später verloren wäre, weil dann das kommunistische Gewicht überstark wäre gegenüber dem, was der amerikanische Kapitalismus auf die Beine stellen könne. Deswegen habe Amerika bis heute aufrichtig Europa verteidigen wollen. In die amerikanische Entschlossenheit zur Verteidigung Europas sei inzwischen aber ein neues Element getreten: die russischen Interkontinentalraketen, die Amerika erreichen könnten. Folglich schwankten die „armen“ Amerikaner nun zwischen der Notwendigkeit einer Verteidigung Europas durch Einsatz nuklearer Waffen und dem Schrecken, daß ein solcher Einsatz auch die russischen Raketen auslösen

¹⁰ Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. EUROPA-ARCHIV 1949, S. 2071–2073.

würde und somit Amerika zugleich mit Rußland zugrunde ginge. Die Amerikaner erfänden folglich alle möglichen Strategien, u.a. die „escalation“¹¹, die nichts anderes seien, als die Widerspiegelung dieser Ungewißheit. Deutschland dürfe nun aber nicht glauben, daß die bloße Aufnahme einiger deutscher Matrosen auf amerikanischen Schiffen¹² bedeute, daß Deutschland nun über den Einsatz nuklearer Waffen entscheiden könne. An diese Entscheidung werde Deutschland nicht herankommen, denn Amerika setze damit sein eigenes Leben aufs Spiel und behalte sich folglich die Entscheidung über diesen Einsatz, seine Bedingungen und seinen Zeitpunkt ganz alleine vor. Wenn deutsche Matrosen auf Schiffe gingen, die mit Polaris bestückt seien, so heiße das noch nicht, daß diese Raketen auch dann abgeschossen würden, wenn Deutschland es wolle. Sie würden nur abgeschossen, wenn Amerika es wolle, und keine noch so geartete MLF werde dies ändern. Die MLF aber habe den Nachteil, daß Deutschland dadurch den Anschein erwecke, als dringe es zum Einsatzbefehl vor. Angesichts der Vergangenheit, über die am Vortage gesprochen worden sei, angesichts der Furcht, welche aufgrund dieser Vergangenheit noch immer die Nachbarn Deutschlands beseele, sei auch der bloße Anschein, daß Deutschland Zugang zu der atomaren Entscheidung erhalte – Deutschland, das als einziges europäisches Land territoriale Forderungen habe, und zwar berechtigte territoriale Forderungen –, für fast alle Europäer unerträglich. Dies gelte natürlich für den Osten, es gelte aber auch weitgehend für den Westen. Da nun die MLF aber faktisch nichts einbringe, sei sie nicht der Mühe wert. Das sei die Gegenwart: die Verteidigung Europas mit amerikanischen Bomben. Es sei notwendig – und Frankreich versuche dies gerade –, Amerika davon zu überzeugen, daß es im Falle eines Angriffs auf Europa sofort all seine nuklearen Waffen einsetzen müsse.¹³ Sei Amerika dazu bereit, dann würden die Russen zunächst schon gar nicht angreifen, und wenn sie angriffen, könnten sie doch Europa nicht überfluten. Das einzige, was man heute tun könne, sei, auf Amerika allen denkbaren Einfluß auszuüben, daß es seine nuklearen Waffen sofort einsetze, und zwar in Rußland und nicht nur bei den armen Ostdeutschen. Dies versuche Frankreich. Dies sei auch der Grund, warum Frankreich, das sich dies erlauben könne, atomare Waffen bau. Es wolle damit zumindest die Sicherheit haben, im Falle eines Angriffs auf Europa etwas Nukleares zum Abschuß bringen zu können. Angriff auf Europa, das bedeute Angriff auf Frankreich, denn wenn Deutschland angegriffen sei, sei im selben Augenblick auch Frankreich angegriffen und umgekehrt.

¹¹ Auf der Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17. Dezember 1963 wurde ein vom Military Committee formulierter Entwurf MC 100/1 betreffend eine „Appreciation of the Military Situation as it Affects NATO up to 1970“ diskutiert. In diesem Entwurf wurde eine Umstellung der vom Gedanken der „massive retaliation“, d.h. der Erwiderung eines Angriffs unter sofortigem Einsatz des gesamten konventionellen und nuklearen Potentials, geprägten NATO-Strategie auf ein Konzept der „flexible response“ befürwortet. Hiernach sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential in angemessener Weise zum Einsatz kommen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 18. Dezember 1963; VS-Bd. 3076 (II 6); B 150, Aktenkopien 1963.

Zur deutschen Kritik an diesem Konzept vgl. AAPD 1964, II, Dok. 290.

¹² Die geplante MLF sah das Prinzip der gemischten Bemannung von Überwasserschiffen vor.

¹³ Zum Festhalten Frankreichs am Prinzip der „massive retaliation“ vgl. AAPD 1964, II, Dok. 319.

Auf diese Weise könne Frankreich vielleicht dazu beitragen, die Russen an einer Aggression zu hindern, und könne darüber hinaus auf jeden Fall die Amerikaner dazu bewegen, ihre Atomwaffen zum Einsatz zu bringen. Das also sei das Heute: die Verteidigung.

Wenn man nun aber nicht Krieg führen werde (und man werde nicht Krieg führen, da niemand dies in Wirklichkeit heute wolle), dann müsse man zum Frieden kommen. Dieser Friede könne für die Europäer nicht auf der bloßen Grundlage eines Arrangements zwischen Rußland und Amerika beruhen, denn Russen und Amerikaner seien die Rivalen von heute, sie seien in der Geschichte jetzt an der Reihe, Rivalen zu sein. Deswegen würden sie sich niemals mit gutem Willen begegnen. Käme es je zu einer Abmachung zwischen den beiden, dann könnte es höchstens eine Abmachung des Typs „Jalta“¹⁴ sein, d.h. zum gegenseitigen Vorteil, die aber nicht für Europa günstig wäre. Er glaube jedoch nicht, daß es zu einer solchen Abmachung komme, weil die beiden Länder Rivalen seien und sich auch weiterhin mit Mißtrauen begegnen würden. Natürlich käme es zu kleineren Absprachen, wie etwa dem Atomteststoppabkommen¹⁵ (das die beiden Länder sehr leicht hätten schließen können, weil sie alle nuklearen Waffen hätten, die sie überhaupt brauchten, und deswegen keine Versuche mehr anstellen müßten), es könne auch zu manchen wirtschaftlichen Arrangements kommen (Lieferung von Chemiefabriken¹⁶ oder amerikanischen Weizens¹⁷ nach Rußland), aber eine wirkliche dauernde Einigung könne es nicht geben. Trotzdem bleibe die Notwendigkeit bestehen, zum Frieden zu kommen. Dieser Friede könne aber nur durch Westeuropa mit den Europäern des Ostens geschlossen werden. Dazu sei es natürlich erforderlich, daß der Osten dazu bereit sei, und sichere Anzeichen seien heute dafür noch nicht zu finden. Er glaube jedoch, daß es dazu kommen werde, denn die Schwierigkeiten im internationalen Spannungsfeld wüchsen für den Osten, es gebe innenpolitische Schwierigkeiten, Schwierigkeiten mit den Satelliten, Schwierigkeiten mit China¹⁸, es gebe vor allem die Notwendigkeit für den

¹⁴ An der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 nahmen die USA, Großbritannien und die UdSSR teil.

¹⁵ Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

¹⁶ Zur amerikanischen Absicht, eine Kunstoffaseranlage an die DDR zu liefern, vgl. AAPD 1964, II, Dok. 402.

Am 4. Januar 1965 trug Botschafter Knappstein, Washington, dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium den Wunsch der Bundesregierung nach Stornierung des Liefervertrags vor. Ball wies darauf hin, daß die Exportlizenz bereits im Juni 1964 erteilt wurde und die vorbereitenden Arbeiten schon fortgeschritten seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 11; VS-Bd. 3567 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁷ Am 8. November 1963 wurde eine amerikanisch-sowjetische Vereinbarung unterzeichnet, die den Rahmen darstellte für Weizenlieferungen privater amerikanischer Getreidehändler in die UdSSR. Das amerikanische Handelsministerium erteilte in der Zeit vom 26. Dezember 1963 bis 7. Februar 1964 Ausfuhrlizenzen für Weizenlieferungen an die UdSSR in Höhe von 291,8 Mio. \$. Vgl. AdG 1964, S. 11056. Vgl. dazu auch AAPD 1963, III, Dok. 385.

¹⁸ Die ideologische Auseinandersetzung zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China flautete auch nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Chruschtschow am 14. Oktober 1964 nicht ab. Die KPCh veröffentlichte einen Bericht über die „Verbrechen“ von Chruschtschow, die angeblich zu dessen Sturz geführt hätten. Darüber hinaus wurde betont, daß „Reaktionäre“ und „Revisioni-

Osten, wegen der Erfordernisse der eigenen Entwicklung umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen mit der Welt und insbesondere mit Deutschland, auch mit Frankreich und Amerika, zu haben. Frankreich glaube also, daß sich der Friedenswillen stärker durchsetzen werde. Dieser Prozeß dürfe von Westeuropa aber nicht behindert werden. Westeuropa dürfe keine Haltung einnehmen, die es eines Tages daran hindern würde, Frieden zu schließen, d.h. auch für Deutschland die Wiedervereinigung zu erlangen, denn ohne Wiedervereinigung sei ein echter Friede nicht vorstellbar. General de Gaulle bat den Herrn Bundeskanzler, ihm zu glauben, daß Frankreich Verbündeter der Vereinigten Staaten sein wolle. Es wolle aber nicht bloßes Instrument der Vereinigten Staaten sein. Wenn Westeuropa gegenüber dem Osten in jeder Beziehung nur eine Verlängerung der Vereinigten Staaten zu sein scheine, dann zähle es nicht, weil dann die Russen glaubten, Westeuropa sei bloßer Satellit Amerikas. Dann aber werde Rußland mit diesem Westeuropa niemals Frieden schließen. Dies sei der Grund, warum Frankreich zwar am Atlantischen Bündnis festhalte, von der Integration aber nichts wissen wolle. Es wolle nicht bloßes ausführendes Organ der amerikanischen Politik sein, noch auch eines Tages bloßes ausführendes Organ der amerikanischen Strategie. Es wolle seine eigene Persönlichkeit, seine eigene Rolle haben. Selbstverständlich bleibe das Bündnis bestehen, solange die Bedrohung bestehen bleibe. Alles, was heute Deutschland auch nur den Anschein gebe, als sinne es auf Rache, sei es auch indirekt, sei es auch ohne kategorische Verfahren, all das sei für die weitere Entwicklung nicht gedeihlich. Wenn er von Rache spreche, so meine er damit nicht, daß Deutschland etwa vergessen sollte, was ihm zustehe, nämlich seine Wiedervereinigung, noch auch, daß es auf seine Verteidigung verzichten solle. Was er damit meine, sei ein gewisser militärischer Aktivismus zur Erreichung dieser berechtigten Ziele.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, Deutschland sei in keiner Weise revanchelüstern. Es empfinde mindestens dieselbe Friedenssehnsucht wie jedes andere Land. Die Diskussion über die MLF in Deutschland sei nicht etwa deshalb geführt worden, weil Deutschland nukleare Waffen besitzen wolle, die es ohnehin nicht bekommen würde, sondern weil, wie gesagt, Deutschland einen gewissen Einfluß auf die Strategie und Planung der Verteidigung geltend machen wolle. Daraufhin hätten die Amerikaner hinsichtlich der MLF etwa erklärt: Ein Land wie die Bundesrepublik, das eine so erhebliche Last für die Verteidigung Europas auf sich genommen habe, dürfe nicht degradiert bzw. diskriminiert werden. Natürlich bekomme es keine nuklearen Waffen, aber es solle eine Form der Mitsprache gefunden werden. General de Gaulle wisse, welch große Bedenken die Bundesrepublik gegenüber manchen amerikanischen strategischen Vorstellungen, insbesondere gegenüber „Schwelle“ und „Pause“¹⁹ erhoben habe. Deutschland versuche, den Amerikanern klarzuma-

Fortsetzung Fußnote von Seite 145

sten“ weiterhin versuchten, die Politik von Chruschtschow fortzusetzen. Vgl. dazu den Artikel „Why Khrushchov Fell“, PEKING REVIEW, Nr. 48 vom 27. November 1964, S. 6–9.

¹⁹ Zu den Bemühungen des Bundesministeriums der Verteidigung, „die Amerikaner zur sofortigen Freigabe der nuklearen Gefechtsfeldwaffen und im Falle ihres erfolglosen Einsatzes zum soforti-

chen, daß die Sicherheit nicht gestärkt werde, wenn Zweifel an dem amerikanischen Gegenschlag aufkämen. Das deutsche Volk fühle sich indessen durch die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Deutschland in seiner Sicherheit gestärkt. Andererseits wisse er (der Kanzler), daß diese kein ewig dauernder Tatbestand sein werde. Vielmehr ist immer wieder betont worden, die Anwesenheit der amerikanischen Truppen in Deutschland sei solange verbürgt, als die Präsenz notwendig sei. Die Frage in Deutschland sei, welchen anderen ausreichenden Schutz es dann genießen werde. Wenn man davon ausgehe, daß die beiden atomaren Giganten sich gegenseitig nicht zerstören werden, dann blieben doch immer noch die russischen Mittelstreckenraketen über, die nur Europa bedrohten. Wie aber sehe die Lage Europas dann aus? Er würde es begrüßen, wenn General de Gaulle sich einmal äußern würde über seine Auffassung zur Verteidigung Europas. Deutschland werde sich auch nicht an Frankreich wenden wegen nuklearer Waffen. Er glaube aber, daß hinsichtlich des Trägersystems und der Elektronik manche Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestünden. Ein Ansatzpunkt sei in gewissem Maße dazu schon in dem Institut in St. Louis²⁰ gegeben. All das aber sei untergeordnet der großen Konzeption. General de Gaulle habe gesagt, Amerika und Rußland würden sich niemals über die grundsätzlichen Fragen verständigen. Er wolle doch einmal fragen, ob sich nach Meinung des Generals nicht doch die Möglichkeit ergeben könnte, daß Amerika, gerade um Frieden zu bekommen, vielleicht doch bereit wäre, in der Entspannung weiter zu gehen, als nach deutscher Auffassung mit der Sicherheit der Bundesrepublik zu vereinbaren sei. Wodurch unterscheiden sich dann davon die französischen Versuche, das Verhältnis zum Ostblock und zur Sowjetunion zu verbessern und zu befrieden?

General *de Gaulle* warf hier sofort ein, daß es sehr wohl ein Arrangement zwischen Amerika und Rußland geben könne, nämlich das Arrangement der friedlichen Koexistenz, d.h. die Zementierung des Status quo. Es sei sehr wohl denkbar, daß die beiden Großmächte sich in dieser Beziehung arrangieren. Mehr jedoch könnten sie nicht tun. Ein wirksames Arrangement, das die Lösung der Deutschlandfrage mit sich bringe, könnten diese beiden Mächte nicht treffen. Die einzige denkbare Möglichkeit wäre ein Abkommen des Typs „*Yalta*“, wo Europa das Opfer wäre, und in diesem Falle an erster Stelle Deutschland.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr dann fort, wenn Deutschland große konventionelle Anstrengungen unternommen habe, dann nicht etwa, weil es eine große Militärmacht werden wolle, sondern aus dem honorigen Gefühl heraus, daß man die Sicherheit Deutschlands nicht einfach den Alliierten überlassen dürfe, sondern selbst einen Beitrag leisten müsse. Wenn Deutschland glaube, daß das System der Integration ihm geradezu auf den Leib geschnitten sei, so zunächst deshalb, weil ein so geordnetes Europa die Anfangsposition von Schuman, Adenauer und de Gasperi gewesen sei, des weiteren aber auch, weil Deutschland von dem Geruch des Revanchismus um so freier ist, wenn es

Fortsetzung Fußnote von Seite 146

gen strategischen nuklearen Schlag gegen das sowjetische Hinterland“ zu veranlassen, vgl. AAPD 1964, II, Dok. 290.

²⁰ In dem Institut in St. Louis im Elsaß arbeiteten deutsche und französische Rüstungsexperten.

nicht souverän über militärische Streitkräfte unter nationalem Oberbefehl verfüge, sondern diese der gemeinsamen Verantwortung der Allianz unterstelle.

General *de Gaulle* bemerkte, solange die ständige und unmittelbare Bedrohung bestanden habe, sei dies sicherlich das beste gewesen, d.h. mit anderen Worten, das amerikanische Protektorat zu akzeptieren, das denn auch das Schlimmste verhindert habe. Die Entwicklung der Interkontinentalraketen durch Rußland und eine gewisse Neuorientierung der Geister, die nicht mehr so sehr die Beherrschung im Sinne hätten als vielmehr den Wunsch nach Frieden, hätten jedoch einen grundsätzlichen Wandel hervorgerufen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, das Wort Protektorat höre man in Deutschland nicht gerne, und Deutschland fühle sich auch keineswegs unter amerikanischem Protektorat. Dieser Begriff wecke die tragische Erinnerung an das, was unter Hitler mit der Tschechoslowakei geschah.²¹ Deutschland sei dankbar für den amerikanischen Schutz. Das deutsche Volk würde es auch nicht gerne hören, wenn jemand behaupten wollte, die Bundesrepublik sei nicht unabhängig, sondern völlig von Frankreich abhängig. Solche Überlegungen seien schädlich. Deutschland nehme Rücksicht auf seine Freunde. Wo immer es möglich sei, versuche es Meinungsverschiedenheiten zu bereinigen. Er erinnerte an das Beispiel der Lieferung deutscher Röhren nach Algerien, worüber die Verträge schon praktisch abgeschlossen gewesen seien. Trotzdem habe die Bundesregierung ohne gesetzliche Handhabe der deutschen Industrie anempfohlen, darauf zu verzichten, nachdem in Erfahrung gebracht worden sei, daß Frankreich Bedenken angemeldet habe.²² Die Bundesregierung habe nicht aus Abhängigkeit sondern aus Freundschaft so gehandelt. Wenn man es in diesem Lichte sehe, dann sei Deutschland frei von dem Verdacht, als werde es von irgendeiner Seite unter Druck gesetzt.

General *de Gaulle* sagte, Deutschland befindet sich auf dem Weg zu dieser Unabhängigkeit in derselben Weise wie Frankreich. Dieser Weg werde auch fast automatisch weitergehen, denn beide Länder hätten die Tendenz, unabhängige Staaten zu sein und miteinander ihre Angelegenheiten zu bereinigen. Dies sei vielleicht sogar der beste Weg, der am wenigsten Bitterkeit zurücklässe. Es sei eine glückliche Fügung, daß Deutschland und Frankreich so zusammenarbeiten könnten. Da die beiden Länder aufgehört hätten, sich zu bekriegen, hätten sie alles Interesse daran, sich zu arrangieren und zusammenzuarbeiten. Hinzu komme, daß in der derzeitigen Geschichtsepoke die Realität der beiden Länder gleichgewichtig sei, so daß alles auf diese Zusammenarbeit und Einigkeit hinstrebe. Daher röhre es, daß Deutschland unabhängig zu werden beginne gegenüber der größten Macht, nämlich den Vereinigten Staaten, wobei, wohl bemerkt, weder die Freundschaft noch das Bündnis verloren-

²¹ Mit der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei und der unter militärischem Druck des Deutschen Reiches erzwungenen Anerkennung eines deutschen „Reichsprotektorats“ Böhmen und Mähren am 14. bzw. 16. März 1939 verlor die Tschecho-Slowakei ihre staatliche Existenz.

²² Nachdem Frankreich im Februar 1964 Einwände gegen die Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik am Bau einer Erdölleitung in Algerien erhoben hatte, wurden deren Anträge auf Gewährung von Hermes-Kreditbürgschaften am 4. März 1964 abgelehnt. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 224.

gehen dürften. Diese Unabhängigkeit, auf die sich die beiden Länder zubewegten (wenn auch die MLF nicht gerade ein Fortbewegungsmittel auf diesem Weg sei!), werde dazu führen, daß die beiden Länder zusammenarbeiteten. Sie könnten um so mehr Rücksicht aufeinander üben, je mehr sie sich unabhängig wüßten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei gestern mit General de Gaulle einer Auffassung gewesen, daß es das Ziel Europas und insbesondere Frankreichs und Deutschlands sein müsse, Europa in sich stärker und seiner Geschichte und Aufgabe bewußter zu machen. Dasselbe gelte für die Politische Union. Er sei sicher, wenn einmal ein Anfang gemacht sei, werde auch diese Entwicklung eine Eigengesetzlichkeit erlangen.

Es gebe noch ein anderes Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, nämlich die Errichtung gemeinsamer Unternehmen, die auch größtmäßig kräftig genug wären, um konkurrenzfähig zu sein. Damit würde für fremdes Kapital weniger Anreiz gegeben sein, in Europa Anlage zu suchen. Es gebe dazu sehr viele Ansätze. Im letzten Gespräch²³ habe General de Gaulle erklärt, es sei gar nicht so wichtig, wieviel Waffen Frankreich bzw. Deutschland voneinander abkaufen, vielmehr sei es wichtig, die Zusammenarbeit schon im Stadium der Forschung und Entwicklung zu beginnen. Vielleicht gebe es Möglichkeiten auf dem Raketensektor, wobei man gar nicht an militärische oder gar nukleare Dinge zu denken brauche. Auf dem Gebiet der Elektronik haben beide Länder viel aufzuholen. Der Grund, warum Deutschland trotz gewisser Besorgnisse das amerikanische Kapital nicht abwehre, liege darin, weil damit die modernste Technik nach Deutschland hereinkomme. Das bedeute aber nicht, daß man nicht auch gemeinsam mit Frankreich und anderen Partnern alle Anstrengungen unternehmen sollte, um den Rückstand aufzuholen. Das Farbfernsehen könnte ein weiteres Feld der europäischen Zusammenarbeit bilden.²⁴ Diese Dinge nähmen sich zunächst wie technische Probleme aus, doch erkenne er darin ebenso den politischen Wert. Er glaube, daß die deutsche Industrie jederzeit zur Zusammenarbeit mit Frankreich bereit sei. Wenn diese Zusammenarbeit von den Regierungen unterstützt werden würde, könne sich daraus Frucht entwickeln. Er glaube, daß eine solche Entwicklung dann auch Eigengesetzlichkeit annehmen werde. Er fühle sich nicht als Satellit der Vereinigten Staaten, sondern wolle alles tun, um die Zusammenarbeit in allen Bereichen (Entwicklungshilfe, industrielle Zusammenarbeit usw.) zu stärken.

General *de Gaulle* bemerkte, er habe diesen Darlegungen des Herrn Bundeskanzlers mit viel Interesse und Befriedigung zugehört, denn es sei sehr wichtig, daß auch außerhalb des Systems der Sechs, die im wesentlichen einen Markt organisierten, eine aktive Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich höchst nützlich wäre, insbesondere in den Schlüsselindustrien. Zweifellos hätten die beiden Industrien noch nicht genügend Gemeinsames getan. Diese Frage müsse daher vertieft werden, und Frankreich sei gerne

²³ Für das Gespräch vom 4. Juli 1964 vgl. AAPD 1964, II, Dok. 187.

²⁴ Zur Einführung des Farbfernsehens in Europa und den konkurrierenden technischen Systemen PAL und SECAM vgl. Dok. 184.

dazu bereit. Die Treffen der Herren Berg und Villiers²⁵ seien höchst nützlich, und ihre Zusammenarbeit sei ein gutes Zeichen, das Frankreich nur begrüße. Es sei auch sehr richtig, daß die Zusammenarbeit schon im Augenblick der Studien einsetzen müsse, denn sonst sei die technische Entwicklung auf der einen und anderen Seite schon so weit gediehen, daß es kaum mehr möglich sei, etwas Gemeinsames zu erarbeiten.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, daß z. B. die Amerikaner in Deutschland ein weiteres großes Ford-Werk hätten errichten wollen. Deutschland hätte aber den Wünschen und Vorstellungen nicht genügen können, worauf die Amerikaner zu erkennen gaben, daß sie dann eben nach Belgien gingen –, offensichtlich in der Hoffnung, daß dieser Hinweis ausreichen würde, die Deutschen zu gewinnen.²⁶ Deutschland habe indessen seine Haltung nicht geändert. Er erzähle dies nur, um darzutun, daß Deutschland sehr wohl seine Unabhängigkeit zu wahren wisse.

General *de Gaulle* bemerkte dazu, im Gemeinsamen Markt sei es allerdings so, daß, wenn sich die Amerikaner in irgendeinem der sechs Länder niederließen, sie freien Zugang zu allen übrigen Ländern hätten. Die Frage des amerikanischen Kapitals bedürfe ebenfalls der Besprechung zwischen den beiden Regierungen. Das Hauptelement scheine ihm darin zu liegen, daß Amerika frei seine Dollar exportieren könne, ohne die Zahlungsbilanz durch Gold regeln zu müssen. Somit zeige die amerikanische Zahlungsbilanz immer einen negativen Abschluß, was aber unerheblich sei, da alle übrigen Länder ja die Dollars absorbierten und das ganze nur darauf hinauslaufe, die amerikanische Inflation in die eigenen Länder zu importieren.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die internationale Währungsordnung sei zweifellos nicht vollkommen, ja kaum befriedigend. Ein Grund für private amerikanische Investitionen in Europa sei in der amerikanischen Steuergesetzgebung begründet, über die man mit den Amerikanern immer wieder sprechen müsse. Man stelle übrigens fest, daß die Amerikaner gezielt in bestimmte Industriezweige eindringen, in denen sie technische Lücken ausfüllen können. Es sei also notwendig, auf der ganzen Breite der industriellen Technik den Anschluß an den höchsten Standard zu finden. Er sei überzeugt, daß die deutschen und französischen Wissenschaftler dazu fähig seien, wenn die Zusammenarbeit praktiziert werde. Großes Ärgernis errege in Deutschland auch,

²⁵ Am 23./24. Januar 1965 fand in Paris das traditionelle Jahrestreffen zwischen dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) und dem französischen Unternehmerverband (Conseil National du Patronat Français) unter Leitung der beiden Vorsitzenden Fritz Berg und Georges Villiers statt. Vgl. dazu den Artikel „Couve de Murville kündigt ein Europa der Marktwirtschaft an“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 20 vom 25. Januar 1965, S. 13.

²⁶ Bezuglich der Auslandsinvestitionen amerikanischer Firmen hielt Ministerialdirektor Sachs am 16. Februar 1965 fest, daß zunehmend EWG-Staaten bevorzugt würden. Er führte aus: „Auch dem Fahrzeugbau haben sich amerikanische Firmen in Frankreich, Italien und Belgien/Luxemburg bevorzugt zugewandt.“ Sachs bewertete diese Entwicklung positiv: „Das Argument der Überfremdung läßt sich demnach ökonomisch kaum rechtfertigen. Es ist im wesentlichen emotional begründet. Dazu kommt noch der politische Aspekt, der in einer Bindung an Amerika gleich eine Abhängigkeit sieht. Es ist nicht recht zu verstehen, warum die Kapitalverflechtung mit größerer Abhängigkeit verbunden sein sollte als die Handelsverflechtung, gegen deren Intensivierung kaum Bedenken erhoben werden können.“ Vgl. Referat III A 5, Bd. 434.

daß die Amerikaner die besten ausgebildeten Deutschen durch hohe Gehälter anzögen, die Deutschland einfach nicht zahlen könne. Wenn Frankreich und Deutschland zusammenarbeiteten, so ergäben sich für diese jungen Wissenschaftler sicherlich sehr viel bessere Möglichkeiten für die praktische Anwendung und Auswertung ihrer Kenntnisse, so daß dieser Aderlaß an Intelligenz gebremst und schließlich gestoppt werden könne. Es gebe da ja die verschiedensten Formen.²⁷

Das Gespräch endete um 11.30 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 12

27

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet

I A 1-80.11/89/65 geheim

20. Januar 1965¹

Schlußbesprechung

Präsident de Gaulle: Der direkte intensive Kontakt mit dem Bundeskanzler sei eine sehr gute Sache gewesen. Dem Besuch komme die größte Bedeutung zu. Die französische Seite empfinde die Begegnung als sehr befriedigend.

In den Gesprächen mit dem Bundeskanzler sei zunächst die Frage der politischen Zusammenarbeit in Europa erörtert worden.² Nach den Fortschritten des europäischen Zusammenschlusses auf wirtschaftlichem Gebiet³ sei es erforderlich und sehr wünschenswert, nunmehr auch die engere politische Zusammenarbeit zu fördern.⁴ Im Bereich des Gemeinsamen Marktes seien noch wichtige Entscheidungen zu treffen, z.B. über Preise, monetäre Fragen, Abschöpfungen, Überweisungen, Steuern und Sozialleistungen. Die Verantwortung liege bei den beteiligten Regierungen. Die Brüsseler Organe könnten zwar für die Ausarbeitung von Vorschlägen und auch für Verhandlungen nützliche Dienste leisten, sie reichten aber für wirkliche Entscheidungen nicht aus. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit (der Regierungen) sei ebenso unabdingbar wie die politische. Die Wiederingangsetzung der Bemühungen um eine politische Zusammenarbeit sei notwendig. Das deutsche Projekt sei

²⁷ Für die Schlußbesprechung zwischen Bundeskanzler Erhard und Staatspräsident de Gaulle vgl. weiter Dok. 27.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg gefertigt. Hat Bundesminister Schröder am 4. Februar 1965 vorgelegen.

² Vgl. Dok. 22.

³ Zur Einigung vom 15. Dezember 1964 auf einen gemeinsamen Getreidepreis vgl. Dok. 22, Anm. 6.

⁴ Vgl. dazu den deutschen, belgischen und italienischen Vorschlag für die Vorbereitung einer europäischen politischen Union; Dok. 5, Anm. 18-20.

für Frankreich befriedigend, es sei in den Grundzügen den Gedanken ähnlich, die Frankreich selbst der Bundesregierung vorgeschlagen habe.⁵ Nur gegenüber dem von der Bundesregierung in Aussicht genommenen „Rat der Weisen“⁶ bestünden auf französischer Seite Bedenken. Fortschritte auf dem Wege zu einer engeren europäischen politischen Zusammenarbeit seien vor allem von Belgien, Italien und Holland aufgehalten worden.⁷ Der Bundeskanzler habe ihm, dem Präsidenten, gesagt, daß auch diese Staaten nunmehr eine Bereitschaft zum weiteren Vorgehen erkennen ließen. Er, de Gaulle, sei mit dem Vorschlag des Bundeskanzlers einverstanden, daß die sechs Außenminister Kontakt aufnehmen, um eine Konferenz der Regierungschefs vorzubereiten, denn selbstverständlich müsse die Organisation der Kontakte bei den Regierungen liegen. Zunächst sollten bis Juni die noch offenen Agrarfragen gelöst werden, insbesondere die Verhandlungen über Milch, Milchprodukte, Fleisch, Fette, Öle, Finanzregelung.⁸ Aus der Lösung dieser Fragen würde sich eine allgemeine Befriedigung und eine Euphorie wegen der auf wirtschaftlichem Gebiet erzielten Fortschritte ergeben. Im Juli könnten sodann die Regierungschefs zusammentreten. Die vorbereitende Zusammenkunft der Außenminister könne für Mai in Aussicht genommen werden.⁹

Bundeskanzler *Erhard*: Die Begegnung mit dem Staatspräsidenten erfülle ihn mit großer Genugtuung. Die Gespräche hätten in einer Atmosphäre der Aufgeschlossenheit und des guten Verstehens stattgefunden. Er sei über den Gang der Verhandlungen und deren Ergebnisse außerordentlich zufrieden. Zum Europakomplex wolle er feststellen, daß die deutsche Entscheidung über den Getreidepreis eine politische Entscheidung gewesen sei.¹⁰ Nur wegen ihres politischen Charakters habe er die Entscheidung in dieser Weise treffen können. Auch künftig sei innerhalb der EWG ein politischer Wille notwendig. Für die Brüsseler Gemeinschaften bestehe eine innere Gesetzmäßigkeit. Niemand habe zunächst an einen so raschen Fortschritt und Beschleunigung geglaubt. Die Bedeutung der Kommission solle man nicht unterschätzen, wenn auch die letzte Verantwortung bei den Regierungen liege. Der deutsche Vorschlag für einen europäischen politischen Zusammenschluß sei kommunal, nicht supranational; er enthalte keine Souveränitätsverzichte über die in der EWG bereits vereinbarten hinaus. Für den Zusammenschluß des freien Europa müsse das politische Element stark betont werden. Nach dem Zusammenbruch des deutschen Staatsbewußtseins als Folge der Kapitulation beim Ende des 2. Weltkriegs sei Europa für Deutschland eine rettende Idee gewesen. Das europäische Bewußtsein sei im deutschen Volk lebendig und stärke seine Bin-

⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 4. Juli 1964; AAPD 1964, II, Dok. 187.

⁶ Die Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 sah einen „beratenden Ausschuß“ aus Vertretern der einzelnen Regierungen vor, der einen Vertrag über die Europäische Politische Union ausarbeiten sollte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats I A 1 vom 11. Januar 1965; VS-Bd. 2471 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

⁷ Zum Scheitern der Fouchet-Pläne im April 1962 vgl. Dok. 22, Anm. 15.

⁸ Zum Arbeitsprogramm des EWG-Ministerrats für das erste Halbjahr 1965 vgl. Dok. 22, Anm. 8.

⁹ Vgl. dazu weiter Dok. 80.

¹⁰ Zum Entschluß der Bundesregierung vom 24. November 1964, den Vorschlägen der EWG-Kommission für eine Regelung des Getreidepreises zuzustimmen, vgl. Dok. 22, Anm. 2.

dungen zu Europa und zur freien Welt. Man solle die Termine für die politische Zusammenarbeit nicht zu lange hinauszögern. Die öffentliche Meinung fordere einen Fortschritt. Auch die Wahlen spielten dabei eine wichtige Rolle. Ab 1. Juli würden sich die deutschen Politiker auf Wahlreisen befinden. Fortschritte in der politischen Zusammenarbeit und eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen müßten schon vorher klar erkennbar sein.

Präsident *de Gaulle*: Er habe die Haltung des Bundeskanzlers in der Getreidepreisfrage gewürdigt und bewundert. Dieser Vorgang sei ein weiterer Beweis für die zentrale Rolle der Regierungen auch im Bereich der europäischen Wirtschaft. Gewiß habe sich auch die Kommission Verdienste erworben. Er frage sich, was der Öffentlichkeit im Anschluß an diese Besprechung über die Europafrage gesagt werden solle.¹¹

Bundeskanzler *Erhard*: Der Gedanke der politischen Zusammenarbeit Europas lasse sich gut in den Grundsatz eingliedern, daß Europa eine stärkere Position mit größerem Selbstbewußtsein innerhalb der westlichen Allianz haben müsse. Um dieses Ziel zu erreichen, seien zusätzliche Anstrengungen erforderlich. Es gehe um die Gleichberechtigung der Partner innerhalb der atlantischen Allianz. Zwar seien wir wirtschaftlich schwächer als die USA; die politische Zusammenarbeit werde jedoch eine zentripetale Wirkung ausüben, z.B. auf die EFTA, Spanien, Portugal und andere europäische Länder. Westliche Schritte zur politischen Gestaltung Europas drängten sich auf.

Präsident *de Gaulle*: Er habe mit dem Bundeskanzler über ein weiteres zentrales Thema gesprochen: die Deutschlandfrage.¹² Die Franzosen sähen darin ein entscheidendes Problem für ganz Europa, das alles und alle beherrsche. Es handele sich um ein Problem, das durch die Auswirkungen der beiden Weltkriege, besonders für die Nachbarstaaten, nur um so brennender geworden sei. Das Problem sei schwierig und von größter Bedeutung für den Frieden. Ohne Lösung des Deutschlandproblems werde es keinen Frieden für Europa und die Welt geben. Die Lösung müsse für alle europäischen Völker akzeptabel sein. Ohne eine solche Lösung werde die ganze Welt leiden. Die Wiedervereinigung der beiden Zonen sei unerlässlich. Das könne lange dauern. Durch die Entwicklung der Atomwaffen in Ost und West sei ein atomares Gleichgewicht entstanden. Viele Menschen fänden sich damit ab und seien der Ansicht, daß die friedliche Koexistenz nicht gestört werden solle. Die deutsche Wiedervereinigung könne lange auf sich warten lassen, der gegenwärtige Zustand dürfe aber nicht auf die Dauer fortbestehen. Zwischen den beiden Kolosßen, Amerika und Rußland, werde es zu keinem Arrangement kommen, denn Amerika und Rußland seien Rivalen, die zwar auf Teilgebieten, wie Wirtschaft¹³ und Atomversuche¹⁴, zu einem gewissen vorübergehenden Modus

¹¹ Auf der Pressekonferenz vom 22. Januar 1965 gab der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, bekannt: „Die Bundesregierung wird sich weiter dafür einsetzen, daß es nunmehr gelingt, in einer Reihe von Konferenzen der EWG-Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit Europas in einer politischen Union zu begründen.“ Vgl. BULLETIN 1965, S. 97.

¹² Vgl. Dok. 22 und Dok. 26.

¹³ Zu den amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 26, Anm. 17.

¹⁴ Am 5. August 1963 schlossen die USA, die UdSSR und Großbritannien einen Vertrag, der nu-

vivendi kommen könnten, die aber zu einer wirklichen Lösung der substantiellen Fragen, zu denen die deutsche gehöre, nicht imstande seien. Sollten sie sich dennoch zu einer Lösung dieser substantiellen Fragen bereit finden, so würde es zu einer Lösung à la Jalta¹⁵, d. h. zum Schaden Europas und Deutschlands, kommen. Es sei nicht unvorstellbar, daß das deutsche Problem im Rahmen eines ganzen Europa (Europe totale) gelöst werden könne. Auch die Russen und die Osteuropäer hätten letzten Endes ein Interesse daran, im Frieden – ohne Spannung und Kriegsgefahr – zu leben. Hier zeichne sich ein langfristiger Prozeß ab, dessen Beginn bereits erkennbar sei. Sowohl Rußland als auch die Satellitenstaaten hätten begonnen, sich ihrer Eigenpersönlichkeit zu besinnen. Für Rußland spiele der China-Konflikt¹⁶ eine beträchtliche Rolle. Der zunehmende Druck auf die Russen könne diese veranlassen, sich ihrerseits Europa zu nähern. Er wiederhole, daß eine Lösung der deutschen Frage durch ganz Europa nicht unerreichbar erscheine. Frankreich könne dabei eine besonders nützliche Hilfe leisten. In den Ostblockstaaten, auch in der Sowjetunion, bestehe kein Haß gegen Frankreich, vielmehr Interesse an guten Beziehungen zu Frankreich. Das Ziel der deutschen Wiedervereinigung dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Zu gegebener Zeit, nicht notwendig am Anfang, müßte auch die Frage, unter welchen Bedingungen die Wiedervereinigung erfolgen könne, z. B. die Frage der Bewaffnung und der Grenzen, geprüft werden. Der Bundeskanzler habe ihm gesagt, daß man auch in Deutschland die Realitäten in der Politik nicht übersehe. Der Bundeskanzler habe in diesem Zusammenhang auch auf die Wahlsituation hingewiesen und gefordert, daß die beteiligten westlichen Mächte sich über gemeinsame Formulierungen, die den Sowjets vorgelegt werden könnten, einigen. Frankreich erhebe keine grundsätzlichen Einwendungen gegen solche Kontakte der vier Westmächte. Er, de Gaulle, beurteile die praktischen Auswirkungen solcher Vorschläge wegen der sowjetischen Haltung skeptisch. Die Sowjets würden solche Vorschläge voraussichtlich schon deshalb zurückweisen, weil hinter ihnen auch die Amerikaner stünden. Sie würden ferner sagen: es müsse ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abgeschlossen werden¹⁷, die deutsche Wiedervereinigung müsse zwischen West- und Ostdeutschland ausgehandelt werden.¹⁸ Außerdem müsse eine Neutralisierung, etwa im Geiste des Rapacki-Planes¹⁹, erfolgen. Dennoch halte auch er, de Gaulle, Kontakte zwischen den Westmächten für richtig, um zu beweisen, daß wir die deutsche Frage nicht aus den Augen verlieren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 153

kleare Versuchsexplosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser untersagte. Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291-293.

¹⁵ An der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 nahmen die USA, Großbritannien und die UdSSR teil.

¹⁶ Zum ideologischen Konflikt zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China vgl. Dok. 26, Anm. 18.

¹⁷ Zum sowjetischen Vorschlag separater Friedensverträge mit der Bundesrepublik und der DDR vgl. Dok. 3, Anm. 29.

¹⁸ Vgl. dazu Dok. 3, Anm 28.

¹⁹ Vgl. dazu auch Dok. 152.

Bundeskanzler *Erhard*: Er danke dem Präsidenten für sein Verständnis in der deutschen Frage; dies bedeute eine Stärkung für das deutsche Volk. Die Ausführungen des Präsidenten über die Wege zur Wiedervereinigung hätten ihn sehr interessiert. Auch er teile die Auffassung, daß die wirtschaftlichen Kontakte mit Osteuropa der Lösung der deutschen Frage förderlich sein könnten. Nicht zuletzt mit dieser Zielsetzung seien die deutschen Handelsvertretungen in den Ostblockstaaten²⁰ errichtet worden. Die Wiedervereinigung sei ein Anliegen des gesamten deutschen Volkes. Nach 20 Jahren des Stillstands in der Deutschlandfrage breite sich im deutschen Volk eine Ungeduld des Herzens aus. Auch wir gäben uns keinen Illusionen über eine rasche Verwirklichung der Wiedervereinigung hin. Die mit der Wiedervereinigung verbundenen schwierigen Fragen müßten unter uns Freunden im Westen erörtert werden, möglichst nicht in der Öffentlichkeit. Es wäre falsch, der östlichen Seite als ersten Schritt Angebote zu machen, die ohne Gegenleistung als solche kaschiert würden. Zunächst müsse die Fragestellung erörtert werden. Wir könnten auf die Viermächteverantwortung nicht verzichten. Das deutsche Volk wisse von ihr, ebenso von der Verpflichtung der Westmächte aus dem Deutschlandvertrag.²¹ Es erwarte, daß die drei Westmächte es wirksam unterstützen. Auch er sei für die Erfolgssaussichten in naher Zukunft nicht sehr hoffnungsvoll. Es dürfe sich jedoch kein Fatalismus ausbreiten. Im deutschen Volk dürfe nicht die Vorstellung aufkommen, daß sich unsere westlichen Freunde mit der gegenwärtigen Situation abfinden und Deutschland zu einer Art politischen Niemandslands machen würden, für das niemand eine politische Aktion einleiten wolle. Frankreich komme für die Lösung der deutschen Frage gewiß eine überaus bedeutsame Rolle zu. Er habe das Bekenntnis des Generals zur Wiedervereinigung sehr dankbar empfunden. Auch in Deutschland hätten sich Status quo-Befürchtungen gerade im Zusammenhang mit gewissen amerikanischen Entspannungsvorstellungen verstärkt, obwohl Präsident Johnson sehr positive Erklärungen zur Wiedervereinigung²² abgegeben habe. Für das deutsche Volk werde es keine große Überraschung sein, wenn die Sowjetunion Schritte zur Wiedervereinigung zunächst ablehne, aber es wäre für das deutsche Volk eine sehr große Enttäuschung, wenn in dieser Frage die westliche Unterstützung ausbliebe, auch gegenüber sowjetzonalen Bemühungen, die Position der SBZ auszubauen. Bekanntlich nutze die Zone jede selbst humanitäre Geste zu ihrem Vorteil aus.

²⁰ Auf der Basis der Abkommen vom 7. März 1963 mit Polen, vom 17. Oktober 1963 mit Rumänien, vom 10. November 1963 mit Ungarn und vom 6. März 1964 mit Bulgarien eröffnete die Bundesrepublik Handelsvertretungen in Warschau (18. September 1963), in Bukarest (13. Juli 1964), in Budapest (15. Juli 1964) und in Sofia (19. Oktober 1964).

²¹ Artikel 7, Absatz 2, des Deutschland-Vertrags vom 23. Oktober 1954: „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“ Vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 232.

²² Zur Rede vor der Georgetown Universität am 3. Dezember 1964 und zur Erklärung vor dem amerikanischen Kongreß am 4. Januar 1965 vgl. Dok. 3, Anm. 33, und Dok. 5, Anm. 6.

Präsident *de Gaulle*: Im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage seien auch Verteidigungsfragen erörtert worden.²³ Mit der Wiedervereinigung stelle sich die Frage der atomaren Verteidigung. Das Zusammentreffen des deutschen Verlangens nach einer Wiedervereinigungsinitiative mit dem deutschen Wunsch, an den Atomwaffen beteiligt zu werden²⁴, sei inopportun. Ein deutscher Einfluß auf die nukleare Strategie und auf den Einsatz der Atomwaffen werde ohnehin durch eine deutsche Teilnahme an der multilateralen Atomstreitmacht nicht erreicht werden. Auch im Falle einer etwaigen Beteiligung deutscher Matrosen auf mit Polarisraketen bestückten Schiffen würden die Amerikaner über den Einsatz der Atomwaffen allein entscheiden, und zwar unter den von ihnen gesetzten Bedingungen. Dennoch würde der Anschein erweckt, als ob Deutschland atomare Absichten habe. Dies müsse im Zusammenhang mit den deutschen territorialen Absichten gesehen werden, die, insoweit sie die Wiedervereinigung beträfen, gerechtfertigt seien. Aus diesem Zusammenhang ergäben sich schwerwiegende Folgen für die Beurteilung des Problems im Osten, aber auch im Westen. Diese Diskussion sei bedauerlich. Dennoch erhebe er, wie bereits gesagt, keine Einwendungen gegen die in Aussicht genommenen Kontakte in der Deutschlandfrage. Der Bundeskanzler habe ihm gesagt, Deutschland habe ein Recht auf Verteidigung, einschließlich der atomaren Verteidigung. Er, *de Gaulle*, erkenne an, daß Deutschland das Recht habe, verteidigt zu werden. Hierfür sei selbstverständlich auch eine starke amerikanische Atommacht, die dem Gleichgewicht und der Abschreckung diene, erforderlich. Die Atomvergeltung müsse aber zum Schutz Europas gegen einen russischen Angriff total erfolgen. Leider bestünden Zweifel über den Zeitpunkt, die Bedingungen und die Entschlossenheit für einen Einsatz der amerikanischen Nuklearwaffen zur Verteidigung Europas. Wir befänden uns nicht mehr im heroischen Zeitalter der atlantischen Allianz, als die russischen Atomwaffen noch nicht nach den USA reichten. Heute traten neue Elemente hinzu, vor allem die Tatsache, daß der Einsatz amerikanischer Atomwaffen zur Verteidigung gegen einen sowjetischen Angriff auf Europa einen atomaren russischen Schlag auf Amerika und ein Massensterben in Amerika (*mort américaine*) auslösen würde. Dies habe die Natur des Problems gewandelt. Hieran würde auch eine deutsche Beteiligung an einer multilateralen Nuklearstreitmacht, nämlich die Anwesenheit deutscher Matrosen auf mit Polarisraketen bestückten Schiffen, nichts ändern. Frankreich versuche, die Amerikaner zum sofortigen Einsatz ihrer Atomwaffen im Falle eines russischen Angriffs auf Europa zu bestimmen.²⁵ Die Amerikaner setzten dem aber ihre Escalation-Vorstellungen²⁶ entgegen. Frankreich entwickle daher zur Abschreckung seine eigenen Atomwaffen. Diese französischen Atomwaffen würden im Falle eines sowjetischen Angriffs auf Europa sofort eingesetzt werden. Dies wüßten die Russen. Da auch die Amerikaner wüßten, daß Frankreich im Ernstfall zum sofortigen Einsatz seiner Atomwaffen entschlossen sei, könnten dadurch auch die Amerikaner zum sofortigen Einsatz ihrer atomaren Waffen

²³ Vgl. Dok. 26.

²⁴ Zur geplanten MLF vgl. Dok. 20.

²⁵ Zum Festhalten Frankreichs am Prinzip der „massive retaliation“ vgl. AAPD 1964, II, Dok. 319.

²⁶ Zum Konzept der „flexible response“ vgl. Dok. 26, Anm. 11.

bestimmt werden. Dies bedeute eine Erhöhung der Abschreckungswirkung. Er wiederhole, daß der Anschein einer deutschen Aktivität auf atomarem Gebiet der Lösung des Deutschlandproblems abträglich sei.

Bundeskanzler *Erhard*: Er wolle sich nicht über die Einzelheiten der nuklearen Strategie äußern, zumal er auf diesem Gebiet nicht über die Fachkenntnisse des Generals verfüge. Er wolle aber feststellen, daß Deutschland nicht den Wunsch habe, einen Eigenbesitz an nuklearen Waffen zu erwerben oder an die Atomwaffen selbst heranzukommen.²⁷ Deutschland habe jedoch den Wunsch, gegenüber der östlichen Bedrohung geschützt zu sein. Selbst den konventionellen Beitrag hätten wir nur aus einer Haltung heraus geleistet, die man wohl honorig nennen müsse, daß nämlich die Lasten unserer Verteidigung nicht allein unseren Verbündeten aufgebürdet werden könnten. Selbst die Sowjets hätten wohl keine echte Sorge, daß Deutschland zu nahe an die Atomwaffen herankomme, da Deutschland weder den Besitz noch eine autonome Entscheidung über den Einsatz solcher Waffen anstrebe. Deutschland sei vor allem durch 900 sowjetische Mittelstreckenraketen bedroht. Zur Verteidigung seien daher nicht nur konventionelle, sondern auch atomare Waffen erforderlich. Die Bedrohung Deutschlands sei im Zeitalter des Atompatts noch größer geworden. Wir seien durchaus nicht mit allen amerikanischen Vorstellungen im strategischen Bereich (z.B. über die Pausen und Schwellen der Verteidigung) einverstanden.²⁸ Wir machten uns Sorgen um die Strategie der europäischen Verteidigung. Es sei daher doch wohl ein berechtigtes deutsches Anliegen, bei der Planung des nuklearen Einsatzes und der Atomstrategie mitzusprechen. Er, der Bundeskanzler, wolle die nuklearen Fragen möglichst aus dem Wahlkampf heraushalten. Die Erregung über die sowjetische Behauptung, man plane einen Minengürtel an der Zonengrenze²⁹, habe gezeigt, wie unerwünscht solche Diskussionen seien. Jeder militärische Aktivismus liege uns nach den leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit fern. Außerdem habe Deutschland den Westmächten gegenüber auf militärischem Gebiet bestimmte Verpflichtungen übernommen.³⁰ Wir fühlten uns jedoch mit gutem Grunde am meisten bedroht, wenn auch die Bedrohung die gesamte westliche Welt gemeinsam betreffe. Der höchste Grad der Abschreckung sei erforderlich, worin er sich mit dem Präsidenten einig wisse. Übrigens seien in

²⁷ Zur Erklärung vom 16. September 1964 vgl. Dok. 22, Anm. 27.

²⁸ Vgl. dazu Dok. 26, Anm. 19.

²⁹ Am 16. Dezember 1964 schlug der Generalinspekteur der Bundeswehr, Trettner, auf der NATO-Ministerratstagung in New York vor, entlang der innerdeutschen Grenze solle ein Gürtel von Atomminen verlegt werden. Vgl. dazu den Artikel von Drew Middleton: „U.S. and France Make Progress“; THE NEW YORK TIMES, International Edition; Nr. 39044 vom 17. Dezember 1964, S. 1 und 3.

Vgl. dazu auch die sowjetischen Protestnoten vom 18. Januar 1965 an die Bundesrepublik und an die USA, Großbritannien und Frankreich; DzD IV/11, S. 76–78.

³⁰ Mit dem am 23. Oktober 1954 vollzogenen Beitritt zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 übernahm die Bundesrepublik die in Artikel 5 niedergelegte Verpflichtung, jeden bewaffneten Angriff auf eines der Mitglieder als Angriff auf ihr eigenes Gebiet zu betrachten und dem angegriffenen Staat zur Hilfe zu kommen, „by taking forthwith [...] such action as it deems necessary, including the use of armed force, to restore and maintain the security of the North Atlantic area“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1949, S. 2072.

dem deutschen Vorschlag zur politischen Union Europas auch die Verteidigungsfragen eingeschlossen.

Präsident *de Gaulle*: Er sei keineswegs dagegen, daß Deutschland und auch andere Alliierte an der atomaren strategischen Planung beteiligt würden. Aber das System der nuklearen Integration sei nicht das beste, um uns und unseren Verbündeten eine Beteiligung an der strategischen Planung zu ermöglichen. Für den Wunsch Deutschlands, an der Planung der atomaren Verteidigung beteiligt zu werden, habe er Verständnis, einmal weil wir zu einer solchen Mitwirkung bereit seien und zum zweiten wegen unseres großen militärischen Beitrags im konventionellen Bereich.

Er wolle nunmehr nochmals auf die wirtschaftlichen Fragen zurückkommen und das Eindringen der amerikanischen Industrie in Europa zur Sprache bringen. Dieses Eindringen erfülle ihn und besonders Ministerpräsident Pompidou mit Sorge. Zwar fänden hierüber wohl bereits Gespräche zwischen den beteiligten deutschen und französischen Wirtschaftskreisen³¹ statt; er halte es aber für notwendig, hierüber eine engere deutsch-französische Zusammenarbeit in die Wege zu leiten. Zu diesem Zweck sollten Regierungsgespräche aufgenommen werden.

Bundeskanzler *Erhard* erklärte sich bereit, die Regierungsgespräche über deutsche und französische Wirtschaftsprobleme fortzuführen.³² Man müsse insbesondere für die größeren Räume, in denen sich die Unternehmen beider Staaten zu betätigen hätten, nach einer angemessenen Größe dieser Unternehmen suchen. Man solle die optimale Anwendung technischer und naturwissenschaftlicher Erkenntnisse sicherstellen und damit auch dem unerfreulichen Exodus der Wissenschaftler aus unseren Ländern entgegenwirken.

Der Staatspräsident und der Bundeskanzler schlossen mit dem Ausdruck des Dankes für die erfolgreiche Begegnung. Der *Staatspräsident* bezeichnete sie als interessant, wichtig und nützlich. Über die europäischen Fragen, die Deutschlandfrage und die Verteidigungsprobleme habe ein eingehender Gedankenaustausch stattgefunden. Man habe (für die europäischen Fragen) Gespräche der sechs Partner und (für das Deutschlandproblem) gemeinsame Gespräche mit den Engländern und den Amerikanern in Aussicht genommen. So werde es auch weiterhin zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland kommen. Dies liege im gemeinsamen Interesse beider Länder und ergebe sich aus der geographischen Lage und dem gesunden Menschenverstand. Der *Bundeskanzler* stimmte mit dem Präsidenten in dieser Beurteilung überein und betonte, daß ein starkes und politisch geeintes Europa wegen dessen historischer Verantwortung im Rahmen des westlichen Bündnisses notwendig sei.

VS-Bd. 8440 (Ministerbüro)

³¹ Zu den Gesprächen zwischen dem deutschen und dem französischen Unternehmerverband vgl. Dok. 26, Anm. 25.

³² Vgl. dazu weiter Dok. 246.

Aufzeichnung der Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander

II 5-82.30/94.27/63/65 VS-vertraulich

21. Januar 1965

Betr.: Münchener Abkommen¹

hier: Gespräch mit Herrn Rezek, Stellvertretender Sektionschef im tschechoslowakischen Außenministerium am 14.1.1965

Teilnehmer: Sektionschef Rezek, LR Dr. Freiherr von Marschall, LR I Dr. Finke-Osiander

Im Rahmen der laufenden deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen² bat Herr Rezek, ihm in der Arbeitsgruppe, die sich mit dem Austausch von Handelsvertretungen befaßt, Gelegenheit zu geben, noch einmal den Standpunkt seiner Regierung zur Frage des Münchener Abkommens zu erläutern.

Er führte folgendes aus:

Wie Herr Vizeminister Kohout bereits in der Eröffnungssitzung der Verhandlungen erläutert habe, betrachte die tschechoslowakische Regierung eine befriedigende Erklärung der Bundesregierung zum Münchener Abkommen nicht als Voraussetzung für den Abschluß einer Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen, wohl aber als Voraussetzung für eine volle Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten.³

Die bisherigen Äußerungen der Bundesregierung seien widersprüchlich. Nach tschechoslowakischer Auffassung sei die Erklärung, es bestünden keine territorialen Forderungen gegenüber der ČSSR⁴, mit der Forderung auf Heimatrecht für die Sudetendeutschen⁵ unvereinbar.

Die tschechoslowakische Regierung wünsche eine Erklärung der Bundesregierung, daß sie das Münchener Abkommen als von Anfang an nichtig betrachte. Dies sei die Auffassung aller übrigen Staaten. Herr Rezek zitierte

¹ Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

² Vgl. dazu Dok. 19.

³ Vgl. dazu auch AAPD 1964, II, Dok. 256.

⁴ Dazu führte Bundeskanzler Erhard am 11. Juni 1964 vor dem Council on Foreign Relations in New York aus: „Der einzige unmittelbare Nachbar der Bundesrepublik unter den osteuropäischen Staaten ist heute die Tschechoslowakei. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland diesem Staat gegenüber ist in letzter Zeit bedauerlicherweise ins Zwielicht geraten. Ich erkläre daher hier ausdrücklich und eindeutig: Das Münchener Abkommen vom Jahre 1938 ist von Hitler zerrissen worden. Die Bundesregierung erhebt gegenüber der Tschechoslowakei keinerlei territoriale Forderungen und distanziert sich ausdrücklich von Erklärungen, die zu einer anderen Deutung geführt haben.“ Vgl. BULLETIN 1964, S. 851.

⁵ Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundesminister Seeböhm, forderte am 17. Mai 1964 auf dem Pfingsttreffen in Nürnberg die Rückgabe des Sudetenlandes an das „sudetendeutsche Heimatvolk“ und beharrte auf der Gültigkeit des Münchener Abkommens. Für den Wortlaut der Rede vgl. DzD IV/10, S. 566–585.

Diese Forderungen wiederholte Seeböhm am 11. Oktober 1964 in Burgkunstadt. Vgl. dazu den Artikel „Erhard über Seeböhm unwillig“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 238 vom 13. Oktober 1964, S. 3.

insbesondere die beiden Erklärungen, die Frankreich 1942 und 1944 in diesem Sinne abgegeben habe.⁶

(Herr von Marschall widersprach dieser Argumentation unter Hinweis auf die abweichende Auffassung der britischen Regierung⁷ und des neutralen Schweizer Völkerrechtlers Guggenheim⁸, die das Abkommen als gültig zustande gekommen, jedoch durch Vertragsbruch ungültig geworden ansehen. Herr Rezek räumte ein, ihm sei bekannt, daß es in dieser Frage zwei Schulen gebe.)

Mehr noch als auf eine weltweite Erklärung würde es der tschechoslowakischen Regierung darauf ankommen, daß die Bundesregierung aus einer solchen Auffassung zum Münchener Abkommen praktische Konsequenzen ziehen würde, indem sie klarstelle, daß die feindselige Tätigkeit revanchistischer Organisationen gegen die ČSSR von ihr nicht gebilligt werde. Eine solche Tätigkeit würde sowohl von der Sudetendeutschen Landsmannschaft wie von Emigrantenorganisationen (Herr Rezek nannte als einziges Beispiel die deutsch-slowakische Gesellschaft) betrieben. Zu den praktischen Konsequenzen würde nach tschechoslowakischer Vorstellung gehören, daß die Bundesregierung diesen Organisationen ihre Unterstützung entziehe und deren Tätigkeit einschränke bzw. verbiete.

Auf diese Darlegungen wurde von den deutschen Gesprächspartnern folgendes erwidert:

Die Bundesregierung habe stets erklärt, daß sie keine territorialen Ansprüche gegenüber der Tschechoslowakei habe. Mit dieser Erklärung sei indirekt bereits klargestellt, daß die Bundesregierung das Münchener Abkommen als ungültig betrachte und nicht die Absicht habe, sich auf dieses Abkommen zu be rufen. Aufgrund der öffentlichen Diskussion, die im vergangenen Jahr um das Münchener Abkommen entstanden sei⁹, habe der Bundeskanzler im Juni 1964

⁶ Für den Wortlaut der Note des Französischen Nationalkomitees vom 29. September 1942 an die tschechoslowakische Exilregierung vgl. WAR AND PEACE AIMS OF THE UNITED NATIONS, hrsg. von Louise W. Holborn, Boston 1943, S. 574.

Die Ungültigkeit des Münchener Abkommens wurde erneut bestätigt in der gemeinsamen Erklärung der französischen und der tschechoslowakischen Exilregierung vom 22. August 1944. Für den Wortlaut vgl. MEMOIRS OF DR. EDUARD BENEŠ. From Munich to New War and New Victory, London 1954, S. 236f.

⁷ Zur britischen Ansicht, das Münchener Abkommen sei erst mit dem deutschen Einmarsch in Prag und der Proklamation des „Reichsprotektorats“ Böhmen und Mähren am 15./16. März 1939 hinfällig geworden, vgl. das Schreiben des britischen Außenministers Eden vom 5. August 1942 an den Außenminister der tschechoslowakischen Exilregierung, Masaryk; D2D I/3, S. 649.

Der britische Außenminister Stewart bekräftigte diese Auffassung während seines Besuchs vom 22. bis 24. April 1965 in Prag. Er betonte, daß es „zwei verschiedene Dinge seien, ob ein Vertrag ungerecht sei, oder ob er niemals abgeschlossen worden sei“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 17. September 1965, Referat V 1, Bd. 1016.

⁸ Der Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, Guggenheim, vertrat die Ansicht, daß das Münchener Abkommen zum Zeitpunkt seines Zustandekommens völkerrechtlich verbindlich gewesen sei, obwohl ihm das tschecho-slowakische Parlament nicht mit der in der Verfassung von 1920 vorgeschriebenen Mehrheit von drei Fünfteln der Mitglieder zugestimmt habe. Vgl. dazu Guggenheim-Marek, Völkerrechtliche Verträge; in: STRUPP-SCHLOCHAUER, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. III, Berlin 1962, S. 533.

⁹ Zu den Reaktionen in der Bundesrepublik und in der Tschechoslowakei auf die Rede des Bundesministers Seeböhm am 17. Mai 1964 auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft vgl. AAPD 1964, I, Dok. 140.

noch einmal ausdrücklich erklärt, daß die Bundesregierung das Münchener Abkommen als „von Hitler selbst zerrissen“ betrachte.

(Hier warf Herr Rezek ein, diese Erklärung könne man so interpretieren, das Münchener Abkommen sei ursprünglich gut und richtig und gültig zustande gekommen und würde auch weiterhin bestehen, wenn es Hitler nicht gegeben hätte. Unsererseits wurde richtiggestellt, dieser Erklärung sei lediglich wertungsfrei zu entnehmen, das Münchener Abkommen sei ursprünglich gültig gewesen. Sie beinhalte nicht die Billigung des Abkommens und die Weise seines Zustandekommens.)

Sprecher aller drei im Bundestag vertretenen Parteien hätten überdies in einer Sendung des Deutschen Fernsehens Anfang November 1964¹⁰ klargestellt, daß keine der Parteien die Absicht habe, auf das Münchener Abkommen gestützte Forderungen zu erheben.

Wir glaubten, daß diese Erklärungen den verständlichen Interessen des tschechoslowakischen Staates Rechnung trügen. Die Forderung nach einer weitergehenden Erklärung zum Münchener Abkommen erschien angesichts der geschichtlichen Komplexität der Sudetenfrage lediglich geeignet, die Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern zu erschweren.

Außerdem sprächen gegen eine Nichtigkeitserklärung zwei gewichtige rechtliche Gründe:

- 1) Die Bundesregierung teile die völkerrechtliche Auffassung, daß das Münchener Abkommen zwar gültig zustande gekommen, jedoch durch Vertragsbruch¹¹ der damaligen deutschen Regierung hinfällig geworden sei.
- 2) Selbst wenn man sich über alle Bedenken hinwegsetze, würde eine Nichtigkeitserklärung weitreichende, von uns im Augenblick nicht zu übersehende rechtliche Konsequenzen, insbesondere in Staatsangehörigkeitsfragen, nach sich ziehen können, durch die einem großen Personenkreis unverschuldet erhebliche Nachteile entstehen würden. Eine etwaige Nichtigkeitserklärung müsse daher in jedem Falle mit einer umfassenden bilateralen Regelung aller davon berührten Fragen (Staatsangehörigkeitsfragen, Eigentumsrechte und Entschädigungsfragen) verbunden sein.¹²

¹⁰ Zu den Ausführungen des CDU-Abgeordneten Majonica, des SPD-Abgeordneten Wehner und des FDP-Abgeordneten Zoglmann am 2. November 1964 in der Sendereihe „Report“ vgl. Archiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; Abteilung Nachrichten, Rundfunkaufnahme, DFS/2.11.64.

¹¹ Dazu erläuterte Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg am 1. Juni 1964: „Denn wenn auch das Abkommen zunächst wirksam zustande gekommen war, so wurde ihm doch später, mit der Einverleibung Böhmens und Mährens am 16. März 1939 als Reichsprotektorat in das Deutsche Reich, die Grundlage entzogen, auf der es beruhte.“ Vgl. AAPD 1964, I, Dok. 147.

¹² Abteilung V erläuterte in einem Rechtsgutachten vom 30. August 1965 über die Gültigkeit des Münchener Abkommens, daß eine entsprechende Erklärung seitens der Bundesrepublik die Nichtigkeit des am 20. November 1938 zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakei geschlossenen Vertrags über Staatsangehörigkeit und Optionsfragen feststellen und somit die rückwirkende Aufhebung der deutschen Gesetzgebung bedeuten würde, durch die die Sudetendeutschen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hatten. Als Folge müßten Enteignung und Vertreibung von Sudetendeutschen als innerstaatliche Vorgänge der Tschechoslowakei gelten; die Vertriebenen könnten von der Regierung in Prag als tschechoslowakische Staatsbürger angesehen und so möglicherweise wegen Zugehörigkeit zur deutschen Wehrmacht angeklagt wer-

Zwischen der Erklärung, daß keine territorialen Ansprüche gegenüber der ČSSR bestehen, und dem Postulat des Heimatrechts der Sudetendeutschen ergebe sich nach unserer Auffassung kein Widerspruch. Wie Herr Staatssekretär Carstens kürzlich bereits in einem Gespräch mit tschechoslowakischen Journalisten ausgeführt habe, sei angesichts des von der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochenen Gewaltverzichts eine Rückkehr der Sudetendeutschen nur im Rahmen einer vertraglichen Regelung denkbar, die der tschechoslowakischen Regierung Gelegenheit geben würde, sich gegen etwaige Anschlußbestrebungen zu sichern.

Im übrigen wurde von den deutschen Gesprächsteilnehmern zum Problem der Vertreibung folgendes ausgeführt:

Die Bundesregierung halte generell die gewaltsame Aussiedlung von Volksgruppen für einen völkerrechtlichen Unrechtstatbestand und befürworte das Recht des einzelnen auf Heimat als Bestandteil der menschlichen Grundrechte. Die Vertreibung der Sudetendeutschen sei menschlich und völkerrechtlich ein Unrecht, das auch durch das von deutscher Seite begangene Unrecht nicht gerechtfertigt werden könne.

(Herr Rezek vertrat hierzu den Standpunkt, die „Umsiedlung“ könne völkerrechtlich nicht als Unrecht angesehen werden, da sie in Potsdam von den Siegermächten beschlossen worden sei.¹³ Auch unter menschlichen und moralischen Gesichtspunkten sei die Vertreibung kein Unrecht, da sie nur eine gerechte Reaktion auf das der Tschechoslowakei zugefügte faschistische Unrecht darstelle. Die Diskussion zeigte, daß jede gemeinsame Ausgangsbasis fehlt, um in der Frage, ob die Vertreibung ebenfalls ein Unrecht gewesen sei, zu einer Verständigung zu gelangen.)

Wir glaubten, daß von deutscher Seite mit der unter erheblichem finanziellen Aufwand durchgeführten wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen ein wesentlicher Beitrag zur Entschärfung dieser Frage geleistet worden sei. Es wäre nach unserer Auffassung zu begrüßen, wenn die tschechoslowakische Regierung ihrerseits denjenigen Sudetendeutschen, die dies wünschten und die bereit seien, loyale Bürger des tschechoslowakischen Staates zu werden, die Rückkehr gestatten würde. Der Standpunkt der Bundesregierung zur Frage des Heimatrechts der Sudetendeutschen sei im übrigen von der Frage des Münchener Abkommens unabhängig.

Entgegen der von Herrn Rezek vorgetragenen Auffassung habe die Bundesregierung im Rahmen unseres Verfassungssystems einer parlamentarischen Demokratie rechtlich nicht die Möglichkeit, die Äußerungen aus Vertriebenenkreisen zu beschränken oder zu verbieten. Nach unserer Auffassung wäre ein

Fortsetzung Fußnote von Seite 161

den. Vgl. Referat V 1, Bd. 1016.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 20. November 1938 vgl. REICHSGESETZBLATT 1938, Teil II, S. 895.

¹³ Im Abschnitt „Orderly Transfers of German Populations“ des Communiqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) wurde festgestellt „that the transfer to Germany of German populations, or elements thereof, remaining in Poland, Czechoslovakia and Hungary, will have to be undertaken“. Hinzugefügt wurde, „that any transfers that take place should be effected in an orderly and humane manner“. Vgl. DzD II/1, S. 2121f.

solches Verbot auch nicht einmal sinnvoll, da es leicht zu einer politischen Radikalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen führen könne. Es schiene uns wichtig, daß die Bundesregierung sich das Vertrauen der Vertriebenen und damit die Möglichkeit einer Einflußnahme auf diese Bevölkerungsgruppe erhalte.

Abschließend betonte Herr Rezek nochmals, daß sich an seine Ausführungen kein konkretes Petitorium knüpfe, sondern daß er lediglich die Erwartungen dargelegt habe, die die tschechoslowakische Regierung mit einer vollen Normalisierung der Beziehungen verbinde.

Deutscherseits wurde in gleichem Sinne erwidert, daß es auch aus unserer Sicht einige Anliegen gäbe:

- 1) Die Abwicklung der laufenden Anträge auf Familienzusammenführung. Wie Herr Botschafter von Mirbach bereits am Rande der Verhandlungen ausgeführt habe, begrüßten wir, daß sich die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland eintreffenden Umsiedler im vergangenen Jahr erhöht habe. Nach den Unterlagen des Deutschen Roten Kreuzes stünden jedoch immer noch einige 10000 Umsiedlungsanträge offen.¹⁴
- 2) Die rechtliche Gleichstellung der in der ČSSR verbleibenden deutschen Volksgruppe mit den übrigen Minderheiten durch Gewährung eines entsprechenden Minderheitenstatuts.

Eine befriedigende Regelung dieser beiden Fragen würde nach unserer Auffassung die von beiden Seiten gewünschte Besserung der Beziehungen wesentlich erleichtern.¹⁵

Hiermit Herrn Botschafter z. b. V.¹⁶ vorgelegt.

Finke-Osiander

VS-Bd. 3136 (II A 5)

¹⁴ Mit Schreiben vom 5. Januar 1965 an den Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Seeböhm, führte Staatssekretär Carstens aus, daß dem Deutschen Roten Kreuz am 31. Dezember 1963 54 503 Anträge von Deutschen aus der Tschechoslowakei auf Übersiedlung in das Bundesgebiet vorgelegen hätten. Die Zahl der Aussiedler habe sich seit 1955 jährlich gesteigert, von Januar bis Oktober 1964 seien insgesamt 2146 Personen aus der Tschechoslowakei eingereist. Carstens gab seiner Hoffnung Ausdruck, „daß nach den im Sommer 1964 geführten Gesprächen zwischen dem Deutschen und dem Tschechoslowakischen Roten Kreuz die Familienzusammenführung [...] sich weiterhin günstig entwickelt“. Vgl. Referat V 1, Bd. 1016.

¹⁵ Zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. weiter Dok. 87.

¹⁶ Hat Botschafter Freiherr von Mirbach am 25. Januar 1965 vorgelegen.

Aufzeichnung des Botschafters von Walther, z.Z. Bonn

Streng geheim

21. Januar 1965¹

Am Mittwoch, dem 20.² Januar 1965, rief mich mein Gesprächspartner an und bat um eine Unterredung.³ Die Unterredung fand Donnerstagmorgen, 10.15 Uhr, statt und dauerte etwa eine halbe Stunde.

Nach einigen einleitenden Worten teilte er mir mit, daß er eine schriftliche Weisung aus Warschau bekommen hätte, die er mir auf englisch vorlas. Ich glaube, daß die Weisung schon in englischer Formulierung aus Warschau gekommen ist.

„Die polnische Regierung hat unsere Mitteilung mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und untersucht. Sie ist zu Gesprächen bereit. Die Voraussetzung zu solchen Gesprächen aber ist, daß die folgenden vier Punkte grundsätzlich von der Bundesrepublik Deutschland angenommen werden:

- 1) Die Bundesrepublik Deutschland erkennt die Oder-Neiße-Grenze an.
- 2) Die Bundesrepublik Deutschland stellt jetzt und in Zukunft keine territorialen Forderungen an Polen.
- 3) Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen werden ordentliche diplomatische Beziehungen hergestellt.
- 4) Die Existenz zweier Deutschlands steht nicht zur Diskussion.

Im übrigen weist die polnische Regierung darauf hin, daß von ihr Vorschläge zur Regelung des nuklearen Status in Europa gemacht worden sind.⁴ Falls die Bundesregierung zu diesen Vorschlägen glaubt, weitere nützliche Vorschläge machen zu können, so ist die polnische Regierung bereit, in Ankara darüber zu sprechen.

Alle wirtschaftlichen Probleme können mit der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau besprochen werden.

Alle kulturellen Beziehungen können über die internationalen Institutionen geregelt werden.“

Ich erwiderte meinem Gesprächspartner, daß, wie ich ihm schon in meinem letzten Gespräch gesagt hatte, die Bundesrepublik Deutschland über die Oder-Neiße-Linie so lange nicht sprechen könne, bis nicht diese Frage und die

¹ Durchschlag als Konzept.

² Die Zahl „20“ wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

³ Am 23. Dezember 1964 wies Bundesminister Schröder Botschafter von Walther, Ankara, an, unter Wahrung strenger Geheimhaltung mit dem polnischen Botschafter Gebert Kontakt aufzunehmen und herauszufinden, ob die polnische Regierung zur Aufnahme von Sondierungsgesprächen über den Abschluß eines Nichtangriffsabkommens bereit sei. Vgl. AAPD 1964, II, Dok. 397.

Ein erstes Gespräch zwischen Walther und Gebert fand Ende Dezember 1964 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schnippenkötter vom 12. Januar 1965; VS-Bd. 446 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

⁴ Zu den polnischen Vorschlägen über die Sicherheit in Europa vgl. Dok. 152.

Frage der Wiedervereinigung Deutschlands durch einen Friedensvertrag geregelt seien.⁵

Er bestätigte mir, daß er meine damalige Bemerkung einwandfrei verstanden habe und daß bei dieser Sachlage die Warschauer Antwort eine klare Absage bedeutete.

Er war offenbar selber außerordentlich betroffen über die Warschauer Reaktion. Er ging so weit zu sagen: „Leider haben wir Botschafter wenig Einfluß auf unsere Ministerien; aber das ist ja wohl in allen Ländern so.“

Ich schloß das Gespräch mit der Bemerkung ab, daß ich sowieso wahrscheinlich in den nächsten Tagen nach Bonn müsse. Ich würde seine Mitteilung dann meiner Regierung mitteilen.

Er kam sodann auf die Rede Erlers⁶ zu sprechen und bat mich, wenn ich irgend etwas Mitteilenswertes aus Bonn mitbringen könnte, möge ich ihn sofort unterrichten.⁷

Die mir seinerzeit mitgegebenen Schriftstücke werde ich vernichten, falls ich nicht andere Weisung erhalte.

Hiermit über Herrn Staatssekretär⁸ dem Herrn Minister vorgelegt.

gez. v. Walther

VS-Bd. 446 (Büro Staatssekretär)

⁵ Botschafter von Walther, Ankara, war für die Führung der Sondierungsgespräche dahingehend instruiert worden, daß – entsprechend dem Communiqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) – nur eine gesamtdeutsche Regierung die Oder-Neiße-Linie anerkennen könne. Die Position, daß die Wiedervereinigung Deutschlands einer Regelung der Grenzfragen vorzugehen habe, wurde dagegen zugunsten der Ansicht aufgegeben, daß „die Regelung der Grenzfrage mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands einhergehen“ müsse. Vgl. den Entwurf der Instruktion vom 4. Oktober 1964, VS-Bd. 446 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1964.

⁶ Am 14. Januar 1965 äußerte sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD gegenüber Journalisten zur Deutschland-Frage. Erler führte aus, eine Wiedervereinigung werde nur dann die notwendige Zustimmung der „entscheidenden Mächte“ finden, wenn Klarheit über den „Umfang“ eines wieder vereinigten Deutschlands bestehe. Daher müsse die Bundesregierung ihre Bereitschaft deutlich machen, daß „im Zuge der Wiederherstellung der deutschen Einheit [...] das Grenzproblem nicht ausgeklammert werden kann“. Erler vertrat die Ansicht, daß es in diesem Zusammenhang „nützlich wäre, wenn Deutsche und Polen einmal ohne fremde Vormünder diese delikate Frage auch miteinander erörterten“. Vgl. DzD IV/11, S. 57–59 (Auszug).

⁷ Am 25. Januar 1965 trafen Botschafter von Walther und der polnische Botschafter in Ankara auf einem Empfang erneut zusammen. Walther gab dabei die Information weiter, daß die Bundesregierung die polnische Reaktion mit Bedauern, jedoch ohne Überraschung aufgenommen habe, „da ja die Entwicklung den Augenblick der Kontaktaufnahme besonders ungünstig hatte werden lassen“. Gebert stimmte dieser Einschätzung zu und erwiederte unter Anspielung auf das Projekt der MLPF, „daß man über eine Leiche gestolpert sei und nicht wußte, daß sie schon tot war“. Walther wies abschließend darauf hin, daß es sich bei dem Gesprächsangebot der Bundesregierung um eine „standing invitation“ handele. Vgl. das Privatdienstschreiben von Walther, Ankara, vom 28. Januar 1965 an Staatssekretär Carstens; VS-Bd. 446 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

⁸ Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Original am 22.1. a[n] d[en] H[errn] Minister“.

30

Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens

Z B 6-1-608/65 geheim
Fernschreiben Nr. 62

Aufgabe: 21. Januar 1965¹
Ankunft: 22. Januar 1965, 13.35 Uhr

Für Staatssekretär

Aus Anlaß meiner Rückkehr von Bonn suchte ich vorgestern Außenminister Mahmoud Riad zu einer Tour d'horizon auf. Es ging mir hierbei vor allem um zwei Fragen:

- a) Termin des Nasser-Besuches in der Bundesrepublik,²
- b) eventuelle Auswirkungen der Beschlüsse der kürzlichen arabischen Ministerpräsidenten-Konferenz³ auf die deutsch-arabischen Beziehungen.

Einleitend drückte ich Mahmoud Riad unser Verständnis dafür aus, daß Präsident Nasser nicht vor den Präsidentschaftswahlen im März⁴ nach Bonn kommen und daß er sich gegenwärtig auch noch nicht für einen Termin nach den Wahlen festlegen könne. Wir hätten nunmehr die erste Hälfte Juni für den Besuch ins Auge gefaßt, und es läge uns natürlich daran, möglichst rechtzeitig mit den Vorbereitungen für einen würdigen und interessanten Empfang in der Bundesrepublik zu beginnen. Mahmoud Riad meinte hierzu, er würde sich um eine Klärung der Terminfrage bemühen, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß die ursprünglich für März dieses Jahres vorgesehene zweite afro-asiatische Konferenz in Algier nach den ihm vorliegenden Informationen auf den Juni verschoben sei.⁵

Im weiteren Verlauf des Gespräches an eine Äußerung Mahmoud Riads anknüpfend, wonach der Besuch des Herrn Bundestagspräsidenten in der VAR⁶ hier einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen hätte, stellte ich dem Minister unter Betonung, daß ich hierzu keinen amtlichen Auftrag hätte, die Frage, ob die VAR-Regierung das zwischen Präsident Nasser und Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier aufgenommene politische Gespräch fortzusetzen

¹ Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

² Zur Einladung des ägyptischen Präsidenten in die Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 10.

³ Vom 9. bis 12. Januar 1965 tagte der Rat der Staats- und Regierungschefs der Liga der Arabischen Staaten in Kairo. Im Communiqué vom 12. Januar 1965 wurde zur Deutschland-Frage erklärt, die arabischen Staaten seien entschlossen, „gegenüber jeder ausländischen Macht, die versuchen sollte, neue Beziehungen zu Israel anzuknüpfen und dessen aggressive militärische Aktivität zu unterstützen, eine einheitliche Politik zu verfolgen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 99. Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg zog angesichts dieser Verlautbarung den Schluß, daß sich die arabische Haltung verhärtet habe, und nun kein Zweifel mehr bestehe, „daß die Mehrzahl der arabischen Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel mit einer Anerkennung der SBZ beantworten würde“. Vgl. die Aufzeichnung von Meyer-Lindenberg vom 25. Januar 1965; VS-Bd. 2686 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.

⁴ Am 15. März 1965 wurde Präsident Nasser in einer Volksabstimmung mit 99,99% der Stimmen im Amt bestätigt.

⁵ Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 5.

⁶ Zum Besuch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier vom 20. bis 23. November 1964 in der VAR vgl. Dok. 9.

wünsche. Der Außenminister bejahte diese Frage, meinte aber, daß hierfür der nächste Schritt bei der Bundesregierung läge. Ich stimmte dem zu und unterrichtete Mahmoud Riad über einige diesbezügliche politische Gedankengänge im Auswärtigen Amt. Ich wies darauf hin, daß die beiden politischen Themen unserer Nah-Ost-Politik, nämlich ein „Waffen-Embargo“⁷ und unsere Beziehungen zu Israel, zueinander im Verhältnis der Wechselwirkung stehen. Mahmoud Riad erkannte dies an und erklärte, daß die ägyptische Regierung es nur begrüßen würde, wenn hierüber ein Gespräch stattfände, selbst auf die Gefahr hin, daß man sich nicht voll werde einigen können.

Auf meine anschließende Frage, ob der Beschuß der arabischen Ministerpräsidenten-Konferenz ein solches deutsch-ägyptisches Gespräch präjudiziere, erwiderte Mahmoud Riad, daß die Frage unserer Beziehungen zu Israel natürlich nicht von Ägypten allein behandelt werden könnte, sondern die arabische Liga angehe. Dies sei der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses der Konferenz gewesen. Darüber hinaus habe man sich nicht im einzelnen auf Konsequenzen festgesetzt, die die arabischen Staaten gemeinsam aus einer Aufnahme von Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel ziehen würde. Hierüber gäbe es innerhalb der arabischen Liga verschiedene Meinungen.

Aus den Äußerungen Mahmoud Riads ergibt sich zweierlei: zum einen, daß man hier an einer Fortsetzung des Gesprächs über die künftige Gestaltung des Dreiecksverhältnisses Bonn – Kairo – Tel Aviv interessiert ist und eine deutsche Initiative erwartet, zum anderen, daß ein solches Gespräch aufgrund der durch die kürzlichen Ligabeschlüsse veränderten Lage nicht mehr allein von den Ägyptern mit uns geführt werden kann. Ich glaube daher, daß wir den ägyptischen Außenminister jetzt beim Wort nehmen und als nächsten Schritt ein Gespräch mit der arabischen Liga, d. h. dem Generalsekretär Hassouna, ins Auge fassen sollten. Dabei bin ich mir darüber im klaren, daß Hassouna – schon allein weil er ägyptischer Nationalität ist – sich nicht verbindlich für die 13 arabischen Staaten äußern kann. Auf der andern Seite ist dies im Augenblick meines Erachtens der einzige Hebel, den wir ansetzen können, um – nicht zuletzt auch als notwendige diplomatische Vorbereitung des Nasser-Besuchs – aus dem Teufelskreis gegenseitiger Erpressung, von Mißtrauen einerseits und geheimen Absprachen andererseits herauszukommen, der das deutsch-arabische Verhältnis in immer unerträglicherer Weise belastet. (Gestern dieser Tage sprach die ägyptische Presse von den „zwei Gesichtern Deutschlands“, dem Gesicht nach außen, das die Freundschaft zu den Arabern herauskehrt, und dem andern, das die Araber durch Geheimabsprachen mit Israel⁸ hinters Licht zu führen sucht.)

Nachdem der Herr Bundestagspräsident sich öffentlich für ein Waffen-Embargo gegenüber allen Ländern außerhalb der NATO ausgesprochen hat⁹ und einen entsprechenden Gesetzentwurf vor den Bundestag bringen will, und nachdem die deutschen Waffenlieferungen an Israel gerade das Hauptärger-

⁷ Zum Vorschlag, die Waffenlieferungen in den Nahen Osten einzustellen, vgl. Dok. 1.

⁸ Zu den geheimgehaltenen Waffenlieferungen an Israel vgl. Dok. 2.

⁹ Zum Vorschlag von Gerstenmaier vgl. Dok. 10.

nis für die Araber sind, halte ich es für denkbar, daß wir mit dem Vorschlag eines Verzichts auf weitere Waffenlieferungen eine gute Basis für ein Gespräch über die Normalisierung unserer Beziehungen zu Israel schaffen würden. Ich darf daher der dortigen Erwägung anheimgeben, ob ein Sondierungs-gespräch mit Hassouna auf dieser Grundlage als möglich und zweckmäßig erscheint.

Für eine entsprechende Weisung – gegebenenfalls mündlich durch MDg Dr. Böker, den ich am 27. Januar bei seinem Zwischenaufenthalt in Kairo sehen werde – wäre ich dankbar.¹⁰

[gez.] Federer

VS-Bd. 8420 (Ministerbüro)

31

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem britischen Botschafter Roberts

Z A 5-12.A/65 geheim

22. Januar 1965¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 22. Januar 1965 um 17 Uhr den britischen Botschafter, Sir Frank Roberts, zu einem Gespräch. Bei der Unterredung waren außerdem zugegen: der Herr Bundesminister des Auswärtigen und Ministerialdirigent Dr. Osterheld.

Einleitend wurde kurz der Besuch des britischen Premierministers Wilson besprochen, wobei der *britische Botschafter* darauf hinwies, daß Wilson auf keinen Fall vor dem 13. Februar kommen könne.²

Der Herr *Bundeskanzler* berichtete dann über seine Gespräche in Rambouillet mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.³ Drei Themen hätten

¹⁰ Am 25. Januar 1965 antwortete Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg mit Drahterlaß Nr. 46 auf den Vorschlag des Botschafters Federer, Kairo. Er führte aus, daß ein Gespräch mit Generalsekretär Hassouna zwar prinzipiell begrüßt werde, es aber nicht im Sinne der Bundesregierung sei, „wenn sich dadurch Schwerpunkt deutsch-arabischer Erörterungen auf Liga als Gesprächspartner verlagern würde, da es zweckmäßiger erscheint, unterschiedliche Haltung arabischer Einzelsestaaten für uns nutzbar zu machen. Da Kabinett noch nicht über grundsätzliche Linie unserer künftigen Nahost-Politik entschieden hat, bitte ich bis auf weitere Weisung Vorsprachetermin offen zu halten.“ Vgl. VS-Bd. 2631 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.

Zur weiteren Entwicklung der deutsch-ägyptischen Beziehungen vgl. Dok. 38.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 26. Januar 1965 gefertigt.

Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, vorgelegen.

² Der für den 21./22. Januar 1965 geplante Aufenthalt des britischen Premierministers in Bonn wurde aufgrund der schweren Erkrankung des ehemaligen Premierministers Churchill am 15. Januar 1965 verschoben.

Zum Besuch von Wilson am 8./9. März 1965 vgl. Dok. 122.

³ Vgl. dazu Dok. 22, Dok. 26 und Dok. 27.

zur Debatte gestanden: die Entwicklung der EWG und der mögliche Anfang einer politischen Union.⁴ Dabei sei besonders betont worden, daß auch die politische Union so wie alle bisherigen europäischen Gemeinschaften dem Beitritt Dritter offenstehen solle. Zweites Thema sei das Deutschlandproblem gewesen, wo de Gaulle seine große Vision entwickelt habe, daß die Entwicklung im Ostblock eine Lösung eines Tages ermöglichen könne. Er selbst habe darauf hingewiesen, daß man diese Perspektiven nicht wirklich in der Hand habe. Der säkulare Prozeß dürfe die Tagespolitik nicht außer acht lassen. Es wäre für die Deutschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs unerträglich, wenn sie angesichts der absoluten Ablehnung im Osten eine Resignation im Westen feststellen müßten. De Gaulle habe über die Notwendigkeit der Wiedervereinigung gute Worte gefunden und sich im übrigen einverstanden erklärt, daß die drei Westmächte mit der Bundesrepublik die Frage prüfen, wie die Viermächte-Verantwortung sichtbarer gemacht werden könne.⁵ Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf hingewiesen, wenn solche Gespräche geheim stattfinden könnten, würde die Bundesrepublik nicht in steriler Erstarrung verharren, sondern konstruktive Beiträge leisten, die allerdings kein Angebot an die Sowjetunion sein sollten. De Gaulle sei über die Aussichten sehr skeptisch gewesen. Diese Skepsis teile er, dennoch aber wäre eine westliche Initiative von hohem politischen Wert.

Danach sei über die Verteidigung gesprochen worden. Dieses Gespräch habe keine Beschlüsse zu fassen gehabt, sondern nur Meinungsaustausch sein sollen. De Gaulle habe entgegen der ursprünglichen Befürchtung nicht erklärt, jegliche deutsche Beteiligung an einer multilateralen Organisation werde das deutsch-französische Freundschaftsverhältnis zerschlagen. Er habe nur gesagt, Deutschland solle sich wohl überlegen, ob ein solcher Schritt nützlich für Deutschland wäre, weil ein Gespräch über eine deutsche Beteiligung an nuklearen Waffen das Wiedervereinigungsproblem nicht gerade erleichtern würde. Er habe de Gaulle darauf hingewiesen, daß Deutschland keineswegs glaube, nukleare Waffen zu bekommen oder über den Einsatz nuklearer Waffen bestimmen zu können. Kein Land sei bereit, seine Waffen oder den Einsatzbefehl darüber weiterzugeben. Dies habe er insbesondere im Hinblick auf die Force de frappe gesagt. De Gaulle habe das denn auch verneint. Angesichts des Gleichgewichts der beiden Atomgiganten verblieben doch immer noch 900 Mittelstreckenraketen in Rußland, die auf Europa gezielt seien, und somit stelle sich die Frage, welcher Schutz dagegen vorgesehen werden könne. Das sei der Grund, warum Deutschland sich für die MLF ausgesprochen habe.⁶ Angesichts der deutschen Verteidigungsanstrengungen im Interesse der Verteidigung Europas habe Deutschland zumindest auch ein Recht, auf die Planung und Strategie der nuklearen Waffen Einfluß zu nehmen. De Gaulle habe dem nicht widersprochen, sondern nur wiederholt, Deutschland solle sich solche Schritte wohl überlegen. Er habe aber keine bedrohliche Hal-

⁴ Zum Stand der Diskussion vgl. den Vorschlag der Bundesregierung vom 4. November 1964 für eine Europa-Initiative sowie den italienischen und belgischen Vorschlag für eine europäische politische Union; Dok. 5, Anm. 18–20.

⁵ Zum Vorschlag einer Deutschland-Initiative durch Bundesminister Schröder vgl. Dok. 3, besonders Anm. 2.

⁶ Vgl. dazu Dok. 20, Anm. 5.

tung eingenommen. Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, der Zeitplan gestatte eine Verabschiedung eines multilateralen Projekts vor den Bundestagswahlen nicht mehr. Darüber hinaus habe Deutschland kein Interesse, daß die nuklearen Waffen Wahlkampfthema würden. De Gaulle habe die Bedeutung des westlichen Bündnisses hervorgehoben. Seine Kritik gelte vor allem der Organisation. Der Herr Bundeskanzler habe klargemacht, daß Deutschland für die Integration sei, weil damit die Furcht vor Deutschland in aller Welt verringert werde.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, hinsichtlich der beiden Themen, die ihm besonders am Herzen gelegen hätten: Fortsetzung der politischen Zusammenarbeit in Europa und Initiative der Westmächte in der Deutschlandfrage, sei de Gaulle recht aufgeschlossen gewesen. Das Gespräch mit dem britischen Premierminister sei also nicht belastet.

Sir Frank *Roberts* fragte, ob de Gaulle eine Verbindung zwischen der Verteidigung einerseits und den Europaplänen sowie der Wiedervereinigung andererseits hergestellt habe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiederte, nein, dies sei nicht zum Ausdruck gekommen. Er glaube auch nicht an eine solche Verbindung, denn de Gaulle habe wiederholt die Notwendigkeit des westlichen Bündnisses betont. Ob de Gaulle natürlich eine Beteiligung Deutschlands an der MLF gefalle, sei eine andere Frage. Sicherlich werde de Gaulle hier ziemlich skeptisch sein.⁷

Sir Frank *Roberts* sagte, das Gespräch sei also letztlich auf den früheren Zustand hinausgelaufen, daß de Gaulle die besondere Lage Deutschlands verstehe, die sich von der Frankreichs unterscheide. Hinsichtlich der europäischen Fragen wolle er darauf hinweisen, daß Großbritannien sein großes Interesse wiederholt betont habe. Sollten sich hier Fortschritte abzeichnen, so werde Großbritannien zwar auf keiner Beteiligung bestehen, wolle aber doch außerhalb dieser Konstruktion Gesprächsmöglichkeiten haben.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, darüber werde er insbesondere mit dem Premierminister zu sprechen haben. Er habe den Eindruck gewonnen, daß Großbritannien in seiner Haltung vom Gemeinsamen Markt etwas weiter abgerückt sei.

Sir Frank wies darauf hin, Großbritannien meine, daß die Tür immer noch verschlossen sei und England daher keine Gelegenheit zu einem Gespräch habe, da es sich nicht der Gefahr eines zweiten Nein⁸ aussetzen wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er verstehe dies.

Sir Frank sagte, es sei richtig, daß für England diese Frage zur Zeit nicht an erster Stelle rangiere.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, für Deutschland habe diese Frage großen Vorrang, da die Deutschen der europäischen Idee bedürften und die Zusammenarbeit in der heutigen Welt für absolut notwendig hielten.

⁷ Zur ablehnenden Haltung des französischen Staatspräsidenten hinsichtlich einer deutschen Beteiligung an einer MLF vgl. auch Dok. 26.

⁸ Auf der Ministerkonferenz der EWG am 28./29. Januar 1963 in Brüssel scheiterten die Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

Sir Frank *Roberts* bemerkte, man müsse natürlich unterscheiden zwischen einer Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt, für die England im Augenblick keine Möglichkeit sehe, und Fortschritten auf dem politischen Sektor, an denen England sehr interessiert sei. Es befürchte Schwierigkeiten, falls die Gespräche zwischen den Sechs ohne britische Beteiligung sehr weit gingen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, wenn de Gaulle mit sich selbst konsequent sei, dann sei seine Vision eines starken Europa (das eines Tages sogar den Ostblock einbeziehe) unvorstellbar, wenn man Dänemark und andere Länder zum Beispiel ausgliedere.

Sir Frank *Roberts* betonte, theoretisch sei die britische Haltung, daß Großbritannien von Anfang an bei Gesprächen beteiligt sein wolle. Dem stellten sich allerdings praktische Schwierigkeiten in den Weg.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, diese politische Zusammenarbeit habe zunächst einen bloßen Kontakt der Sechs zum Inhalt. Selbstverständlich würde England im Rahmen der WEU über diese Kontakte informiert.⁹

Der *britische Botschafter* warf ein, natürlich sei auch eine bilaterale Information notwendig, da die WEU nur selten tage.¹⁰

Zum Deutschlandproblem sagte Sir Frank, auch Großbritannien habe volles Verständnis für diese Frage, und der frühere Außenminister Butler habe in Moskau schon versucht, Gromyko für ein Viermächtegremium zu interessieren.¹¹

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, man müsse hier zwei Stationen unterscheiden. Die erste Station wäre eine Verständigung auf Seiten der Westmächte über die Möglichkeiten und das Verfahren, wobei schon diese Station nützlich wäre, weil sie klarend wirke und vor allem in Deutschland den Eindruck verhindere, als röhre der Westen sich nicht. Erst die zweite Station wäre das Gespräch mit Rußland. Die Wiedervereinigung sei die oberste Aufgabe der deutschen Politik, wenn sie auch nicht die einzige Aufgabe sei.

Sir Frank *Roberts* unterstrich, England wolle keine Schwierigkeiten machen. Wenn Gromyko nach London komme¹², ergebe sich vielleicht wieder eine Möglichkeit zu einem Gespräch über diese Frage.

⁹ Nach dem Scheitern der Verhandlungen am 28./29. Januar 1963 über einen britischen Beitritt zur EWG wurde der Kontakt zwischen Großbritannien und der Europäischen Gemeinschaft über die WEU aufrecht erhalten. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 77 und Dok. 79.

¹⁰ Neben der jährlichen WEU-Vollversammlung, die in zwei zeitlich voneinander getrennten Sitzungen abgehalten wurde, fanden vier Außenministertreffen statt, die seit 1963 in der Regel gleichzeitig als „Kontaktkonferenzen“ zwischen der EWG und Großbritannien fungierten. Solche Zusammenkünfte fanden 1964 am 23./24. Januar, am 16./17. April, am 16./17. Juli und am 16./17. November statt. Die erste Kontaktkonferenz des Jahres 1965 fand am 9./10. März 1965 in Rom statt.

¹¹ Der britische Außenminister hielt sich vom 28. Juli bis 1. August 1964 in der UdSSR auf. Gespräche mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko führte Butler am 28. und 31. Juli 1964. Vgl. dazu THE TIMES, Nr. 56076 vom 29. Juli 1964, S. 10; Nr. 56079 vom 1. August 1964, S. 6, und Nr. 56080 vom 3. August 1964, S. 7.

¹² Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 16. bis 20. März 1965 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 180, Anm. 7, 17 und 19. Vgl. dazu ferner WILSON, The Labour Government 1964–1970, S. 85.

Der *Bundeskanzler* sagte, er freue sich auf sein bevorstehendes Treffen mit dem britischen Premierminister.

Sir Frank *Roberts* erklärte zur Verteidigungsfrage, die Auffassungen Deutschlands und Englands seien einander sehr ähnlich, und es gehe jetzt nur noch um die Frage, wie man am besten vorgehen solle. Es gebe britische¹³ und amerikanische Vorschläge. Zu den britischen Vorschlägen hätten die Amerikaner¹⁴ und auch die Italiener¹⁵ schon Stellung genommen. England sei nun besonders an den Auffassungen Deutschlands¹⁶ interessiert.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß diese Gedanken sicherlich in den Gesprächen mit dem Premierminister eine große Rolle spielen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte dann, ob es richtig sei, daß der Premierminister in der nächsten Woche neue wirtschaftliche Schritte vorhabe.

Sir Frank *Roberts* erwiederte, ursprünglich sei diese Erklärung für den 9. Januar vorgesehen gewesen. Diese Erklärung werde vor allem zwei Dinge beinhalten¹⁷:

- 1) Neue Methoden für die Exportsteigerung (ohne Subventionen) und
- 2) der Hinweis, daß für Großbritannien die fünfzehnprozentige Besteuerung der Importe¹⁸ nur eine Notbremse sei, die England so schnell wie möglich wieder abschaffen wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wünsche England allen Erfolg, da immer noch ein großer Teil des Welthandels in Pfund Sterling abgerechnet werde.

Sir Frank *Roberts* erklärte, England denke nicht an eine Pfundabwertung.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob man in England an Methoden der Preisüberwachung denke.

Sir Frank *Roberts* erwiederte, er habe davon nichts gehört. Sehr viel Wert messe die britische Regierung der Einigung über die Einkommenspolitik zwischen den Sozialpartnern bei.

Sir Frank *Roberts* sagte dann, trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten sei es nun möglich, den Finanzminister¹⁹ zur Gewährung von etwas Geld für den Jugendaustausch²⁰ zu gewinnen.

¹³ Zum Vorschlag einer ANF vgl. Dok. 20, besonders Anm. 9–12.

¹⁴ Zur amerikanischen Stellungnahme zum britischen ANF-Vorschlag Dok. 12, Anm. 8.

¹⁵ Zur italienischen Haltung zur ANF vgl. Dok. 13, Anm. 13. Vgl. dazu weiter Dok. 81.

¹⁶ Zur Stellungnahme der Bundesregierung vom 18. Januar 1965 vgl. Dok. 21.

¹⁷ Vgl. dazu den Artikel „Government Export Plan Released Today“; THE TIMES, Nr. 56230 vom 27. Januar 1965, S. 5.

¹⁸ Am 26. Oktober 1964 gab der britische Schatzkanzler Callaghan Maßnahmen zur Belebung der britischen Wirtschaft bekannt, die in erster Linie eine Drosselung der Importe und eine Förderung von Ausfuhren zum Ziel hatten. Dazu gehörte auch eine zusätzliche Abgabe in Höhe von 15 % auf alle Importwaren mit Ausnahme von Nahrungsmitteln, Rohtabak und Rohstoffen. Vgl. dazu THE TIMES, Nr. 56153 vom 27. Oktober 1964, S. 10.

Auf der Tagung des Ministerrates der EFTA am 22. Februar 1965 in Genf teilte der britische Wirtschaftsminister Brown mit, die Importabgabe werde mit Wirkung vom 26. April 1965 auf 10 Prozent reduziert. Vgl. NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 54 vom 24. Februar 1965, Bl. 1.

¹⁹ James Callaghan.

²⁰ Im April 1964 hatte die Gemischte Deutsch-Britische Kulturkommission einen verstärkten Ju-

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Bundesrepublik stehe dem sehr positiv gegenüber, da sie hier keinerlei Exklusivität mit Frankreich habe. Zur Verteidigungsfrage bemerkte der Herr Bundeskanzler, er befürchte, daß in den Fragen der Denuklearisierung und des Disengagement die britische Regierung nicht immer die richtige Haltung einnehme.

Sir Frank betonte, Großbritannien denke keineswegs an eine Denuklearisierung oder ein Disengagement, im Gegenteil. England sei für die Stärkung der Einheit in der NATO und für die Gleichberechtigung der europäischen Partner. Das einzige, was England auf alle Fälle verhindern wolle, seien irgendwelche Schritte in Richtung auf die Verbreitung nuklearer Waffen.²¹ Hier seien aber die Amerikaner derselben Auffassung.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, auch de Gaulle teile diese Auffassung.

Der Herr *Bundesaßenminister* bemerkte noch, soweit er wisse, sei der britischen Regierung schon eine deutsche Stellungnahme zu ihren ANF-Vorschlägen zugegangen.²² Auf den Einwurf von *Sir Frank Roberts*, es handle sich hierbei seines Wissens nur um vorläufige Erklärungen, bemerkte der Herr *Minister*, es handle sich um ein vollwertiges Arbeitspapier, wobei er auf die Bemerkung von Herrn *Osterheld*, die Stellungnahme sei den Alliierten tatsächlich nur als „unverbindlicher Referentenentwurf“ übermittelt worden, ergänzte:²³ mit dem einzigen Vorbehalt, daß die Bundesregierung nicht auf jeden einzelnen Punkt dieses Papiers festgelegt sein wolle; der Botschafter könne ihn schon als eine Art deutschen Kommentar betrachten.²⁴

Das Gespräch endete um 17.40 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 12

Fortsetzung Fußnote von Seite 172

gendaustausch befürwortet, für den beide Staaten ab 1965 jeweils 1800000 DM bzw. 150000 Pfund Sterling bereitstellen sollten. Dazu bereitete das Bundesministerium für Familie und Jugend einen Austausch-Plan vor, der von der Kulturabteilung des britischen Außenministeriums positiv aufgenommen wurde. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats IV 5 vom 4. Dezember 1964 sowie die Ausarbeitung des Bundesministeriums für Familie und Jugend; VS-Bd. 2265 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1964.

Mit Aufzeichnung vom 29. März 1965 teilte der Gesandte Freiherr von Ungern-Sternberg, London, mit, daß die britische Regierung daran interessiert zu sein scheine, „das Gebiet des Jugend-austausches aktiv zu fördern und entsprechende Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Auf lange Sicht gesehen schwebt der britischen Regierung die Errichtung eines deutsch-britischen Jugendplanes ähnlich dem deutsch-französischen Jugendplan vor.“ Vgl. Referat I A 5, Bd. 289.

²¹ Zur Nichtverbreitung von Atomwaffen als Ziel des britischen ANF-Vorschlags vgl. Dok. 12, Anm. 10. Vgl. dazu auch Dok. 20.

²² Zur Übermittlung der Stellungnahme der Bundesregierung am 18. Januar 1965 vgl. Dok. 21, Anm. 22.

²³ Der Passus „wobei er ... ergänzte.“ wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

²⁴ Der Passus „der Botschafter ... betrachten“ wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich angefügt.